

Central-Blatt & Social Justice.

Offizielles Organ des D. R. K. Central-Vereins und der Central-Stelle.

Office: 18 South Sixth Street, St. Louis, Mo.

51

Abonnementspreis, zahlbar im voraus, für ein Jahr: \$1.00; Einzelne Nummern: 10 Cents.

"Bundle Rates": Von 5—25 Hefte, an eine Adresse gesandt, 7½ Cents pro Exemplar; 25—50 Exemplare, jedes 6 Cents; 50 Exemplare und darüber, jedes 5 Cents.

Nach Ländern außerhalb der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Abonnement: \$1.25 per Jahr. Einzelne Nummern: 12 Cents.
Entered as second class matter, April 9, 1909, at the Post Office at Saint Louis, Missouri, under act of March 3, 1879.

5. Jahrgang.

St. Louis, Mo., September 1912.

No. 6.

Volkswirtschaft und Religion.

Wir sind in böse Zustände gerathen. Wer will es ergründen. Die soziale Frage, die sich überall in den Vordergrund drängt und nicht zur Ruhe kommen will, kann einem jeden, der nicht geflistentlich seine Augen vor offenbaren Thatfachen verschließt, überzeugen, daß im gesellschaftlichen Leben eine schwere Unordnung und Zerrüttung eingetreten ist und Ueberhand genommen hat. Alle Stände und Klassen, das ganze öffentliche Leben hat diese eine brennende Frage in ihre Kreise und in Mittheilung gezogen. Obwohl mit einem Worte gekennzeichnet, enthält sie eine ganze Reihe von Fragen, die sämtlich auf eine befriedigende Ordnung und Regelung der Lebensbeziehungen zwischen dem Menschen und der Menschheit und zwischen den verschiedenen Gruppen der menschlichen Gesellschaft abzielen. Wollte man auch ihre Gefahr und Dringlichkeit in Abrede stellen, so wäre sie damit nicht aus der Welt geschafft. Sie ist da als natürliche Folge der veränderten Anschauungen und Umgestaltungen, welche die moderne Kultur auf den verschiedenen Gebieten des geistigen, des sittlichen und wirtschaftlichen Lebens hergebracht hat. Aber eben weil die wahren und tiefen Ursachen der unheilvollen Zustände, der sozialen Lage nicht erkannt sind, schlagen so viele in Vorschlag und in Anwendung gebrachte Mittel fehl. Die einen bedecken die Wunden, ohne auch nur einen ersten Versuch zur Abhilfe zu machen, die anderen bringen eine, wenn auch nur vorübergehende Erleichterung der Schmerzen, aber keine eigentliche Heilung, weil sie den tiefer liegenden Grund und die Wurzel des Übels nicht angreifen. So lange das über nicht geschieht, kann eine wirkliche und dauernde Heilung nicht erfolgen. Kein Arzt kann eine Krankheit beseitigen, wenn er die Symptome des Leidens nur das Leiden selber hält und nur auf sie seine Mittel anwendet. Linderung mag eintreten und die Hoffnung auf völlige Gesundung erwecken, aber es wird nur Täuschung sein. Die Krankheit, wenn ernster und näher Natur, wird bleiben und allmählich den Tod herbeiführen. So wird auch die Krankheit im heutigen Gesellschaftsleben zur vollen Zerrüttung und Auflösung führen, wenn es nicht zeitig gelingt, ihre tiefwurzelnden Erreger zu erkennen und auszuschneiden. Eine solche Erkenntnis und deren praktische, kluge und thatkräftige Verwerthung anzubahnen und zu befördern, muß das Streben aller sein, die durch Macht und Stellung in den Stand gesetzt sind, etwas zur Aufklärung über die soziale Frage und zu ihrer Lösung beizutragen.

Man hat die soziale Frage eine Magenfrage ge-

nannt. Nun das ist sie auch und darum leidet ihre Lösung keinen Aufschub. Denn Hunger thut weh. Wurzelhaft aber und wesentlich ist sie eine andere, sittliche Frage. Ohne Zweifel sind die Zustände, die die weiterverbreitete tiefe Unrast und Unzufriedenheit erregen, der Ausdruck großer sittlicher Uebel, die im Innern verborgen sind. Von innen kommt zum großen Theile die Zersahrenheit des gesellschaftlichen Lebens, weil von inneren, von irrigen Meinungen und unmordentlichen Begehrlichkeiten, die äußeren Mißlichkeiten herrihren. Weil die brennende Frage der Gegenwart eine innere ist, die ihren tiefsten Grund in dem geistig-sittlichen Zustande der Gesellschaft hat, darum kann sie durch äußere Mittel und Maßnahmen allein nicht gelöst werden. Es handelt sich nicht bloß um Verhinderung verkehrter Handlungsweisen einzelner Personen, auch nicht um Wiederherstellung einzelner gestörter Verhältnisse, sondern um Wiedereinführung der Grundgesetze der öffentlichen Ordnung in das Bewußtsein und das Leben des Menschen. Diese Gesetze sind die Forderungen des natürlichen Sittengesetzes, die der Natur, der Anlage und der Bestimmung des Menschen entsprechen und der Erkenntnis der natürlichen Vernunft zugänglich sind, die aber, weil sie verdunkelt und nur mehr mangelhaft verstanden worden waren, von Gott eigens im Dekalogue kundgethan und eingeschränkt und im neuen Testamente von Christus und seinen Aposteln bekräftigt worden sind.

Von diesen Grundsätzen will der Liberalismus, wenigstens insoweit wie das Wirtschaftsleben in Betracht kommt, nichts wissen. Nach ihm soll die Erwerbsthätigkeit frei sein nicht nur von allen staatlichen und berufsständischen, sondern auch von allen sittlichen Schranken. Der Liberalismus hat als Herold der Aufklärung den Menschen von der Menschheit, die Einzelperson von der Gesellschaft, die Gesellschaft von dem Staate getrennt und durch Zertrümmerung der alten Ständeordnung zerbrockelt und den Menschen, das Individuum, auf sich selbst gestellt. Ueber den Staat vertrat er die Ansicht, daß er seine Aufgabe vollends erfüllt, wenn er seinen Unterthanen Sicherheit und Rechtsschutz gewährleistet; dabei wurde als Grundrecht aller Menschen, dem an erster Stelle staatlicher Schutz gebühre, das Recht auf Freiheit hingestellt. Das Recht wurde der sittlichen Ordnung, in der es naturgemäß wurzelt, entrückt. Das Gesetz galt als Recht, mochte es auch ohne Rücksicht auf das natürliche Sittengesetz und den Willen Gottes, des Urhebers aller Ordnung, zugunsten einiger weniger erlassen sein. — Die Freiheit wurde als eine Errungenschaft gepriesen, die allen, den Arbeitnehmern nicht minder wie den Arbeitgebern, den Armen und Schwachen ebenso wie

den Reichen und Starken, wenn sie sie nur gehörig zu gebrauchen verstehen, in reichem Maße zugute kommen und zum unübertroffenen Glücke verhelfen werde.

Wir wissen nun aus Erfahrung, wenn es nicht schon in der Natur der Sache läge, daß der Ruf gegen Zwang und Einengung und zur vollen Ausnützung der neuerrungenen Wohlthat eine Täuschung war. Aber er hat eine Zeit lang viele irregeführt, auch im Arbeiterstande großen Beifall gefunden und die Augen vor den unheilvollen Folgen der mißbrauchten Freiheit verhüllt. Die frühere auf der organischen und solidarischen Beschaffenheit der menschlichen Gesellschaft errichtete Ordnung der Stände, die Zünfte, Gilde und Zunft, wodurch namentlich der Kleinbesitz und die Arbeit geschützt ward, paßte der ganzen Idee nach nicht in das liberalistische System. Sie wurde als ein Hemmnis des wirtschaftlichen Fortschrittes verschrien, wozu die unleugbaren Ausartungen, denen das Zunft- und Ständewesen in den letzten Zeiten seines Bestehens verfallen war, eine willkommene Handhabe boten. Allgemeine Gleichmacherei, Niederlegung aller Schranken und genossenschaftlichen Verbände waren die von den Aposteln der Freiwirtschaft angestrebten Ziele. Das Prinzip der Solidarität, eine Schöpfung des christlichen Geistes, welches lehrt, daß die Menschen zur gegenseitigen Hilfeleistung auf einander angewiesen und verpflichtet sind, daß der Einzelne dem Ganzen und das Ganze dem Einzelnen dienen muß, wurde mißachtet und vergessen. Dagegen wurde Hebung des allgemeinen Wohlstandes, des Nationalreichtums nach Adam Smith, als Zweck der sozialen Thätigkeit und als preiswürdiges Ergebnis der allgemeinen freien Konkurrenz hingestellt. In welche Hände die vermehrten Güter, die aus der auf das Höchstmäß getriebenen Produktion hervorgehen würden, gelangen mochten, darum kümmerte man sich nicht. Von Produktion sprach man oft und viel, von Vertheilung und Verwerthung zum Besten aller nicht. Dafür hatte man ja die allen Fesseln entriessene Freiheit. Freies Spiel der Kräfte galt als der Weisheit höchster Schluß. Leider mußte man in der Folgezeit oftmals sagen: „Ein böses Spiel, wobei einer lacht und die anderen weinen!“ Es wurde dem Staate als dem Urheber und Inhaber aller öffentlichen Rechte überlassen, die Bildung von Vereinen zu sittlich erlaubten, nützlichen und selbst nothwendigen Zwecken zu gestatten oder zu verbieten. Durch des Staates Gnade, nicht kraft einer in der vernünftigen Natur des Menschen liegenden Anlage und Nothwendigkeit, sollten sie Bestand und Rechtsfähigkeit haben. Für sie erfand man den Begriff und den Namen, „moralische oder juristische Persönlichkeit“, womit ihre staatsrechtliche Stellung und Einheit bezeichnet wird. Abneigung gegen alles Mittelalterliche und gegen die Lehren des Glaubens und der Drang nach Freiheit sowie der Ruhm der Aufklärung und die Hoffnung auf eine glänzende Zukunft haben Tausende bewogen, an dem Abbruche der alten Gesellschaftsordnung, welche das Mark der Gesellschaft, den zahlreichen Mittelstand mit seinem Kleinbesitze und der sicheren Arbeit schützte, mitzuhelfen.

Von dem Menschen lehrte der Liberalismus unter dem Einflusse der Rousseauschen Ideen, daß er von Natur gut sei und unbehindert von äußerem Zwange schon den Weg finden werde, das Kleinod der Freiheit

zu seinem Nutzen und ohne Schaden für andere und die Gesamtheit zu gebrauchen. Als Regulator der Ordnung, als Mittel zur Bewahrung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes und der Harmonie werde ihm das heilsame Naturgesetz von Angebot und Nachfrage zur Seite stehen. Die Aussicht auf Gewinn ohne Einengung durch unnütze und lästige Schranken werde den Menschen zur vollen Entfaltung seiner Kräfte antreiben und den allgemeinen Wohlstand herbeiführen. Nun waren alle frei, zu gehen wohin und zu thun, was sie wollten, aber auch frei von der Pflicht, im Gebrauche der Freiheit Rücksicht zu nehmen auf das Wohl des Nebenmenschen und der Gesamtheit. Die Schwachen wurden von derselben Freiheit, die sie zum größtmöglichen Glücke führen sollte, vielfach niedergedrückt. Denn der Egoismus, das Ungeheuer, das die Erde verwüstet, wurde an Stelle der Gerechtigkeit und Billigkeit das oberste Gesetz des Wirtschaftslebens. Von Moral war da keine Rede, die Macht des Stärkeren wurde oft unter dem Schutze des Staates zum Recht. „Die Freiheit“, sagt mit Recht Schönberg, „entfesselt auch die schlechten Kräfte der menschlichen Natur. Wo sie uneingeschränkt ist, macht sich auch der Egoismus, die Gewissenlosigkeit, die Unmoralität, der Schwindel schrankenlos geltend und entsteht die Gefahr einer ungerechten Ausbeutung der Schwachen durch die Starken, der Ehrlichen, Gewissenhaften und Soliden durch die Unehrlichen, Gewissenlosen und Schwindler“. „Erst wenn die Erkenntniß aufgegangen ist,“ schreibt Pater Alb. Weiß, „und die unverbrüchliche Kraft des Gesetzes zugegeben ist, daß die Gesellschaft auf sittlicher Grundlage ruht und ruhen muß, das heißt, daß die Gebote der natürlichen und der christlichen Sittlichkeit das soziale Leben so gut binden wie das Leben des Einzelnen, kann eine Erörterung der Gesellschaftsfrage nach ihrer ökonomischen Seite hin Erfolg versprechen“.

Solcher Erkenntniß Verbreitung und Geltung zu verschaffen, jene falschen Lehren zu zerstreuen, auf denen das morsche Gebäude der modernen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ruht, und ihnen gegenüber frei und nachhaltig jene Grundwahrheiten und allgemeinen Pflichten zu bekennen, die allein eine haltbare Einigung zulassen, ist die erste Aufgabe der Sozialpolitik, wovon die Wirtschaftspolitik ein Theil ist. Diese Aufgabe verfolgt die christliche Sozialpolitik im Licht der christlichen Weltanschauung, unter Leitung der geoffenbarten Religion. Diese allein giebt sicheren und umfassenden Aufschluß über die Natur des Menschen, wie sie durch die Sünde geworden ist, über die persönlichen, gegenseitigen und gemeinsamen Pflichten aller Menschen, über das Verhältnis des Rechtes zur Sittlichkeit, über das Wesen und die wesentlichen Aufgaben des Staates. Die Anwendung dieser Wahrheiten und Grundsätze auf die mannigfachen Verhältnisse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ist die zweite Aufgabe der christlichen Sozialpolitik. Das ist allerdings bei der Summe von verschiedenen Gruppen und Kreisen mit einander durchkreuzenden Interessen, aus denen die Gesellschaft besteht, eine vielverzweigte und schwere Aufgabe. Aber sie kann nimmer gelöst werden ohne die Religion und noch viel weniger gegen die Religion, sondern nur mit der Religion. „Nur jener gesellschaftliche Bau kann gut genannt werden und Aussicht auf Bestand haben, welcher auf den Lehren der wahren Religion über den Ursprung und die Bestimmung des Menschen, über

re natürliche Beschaffenheit und Anlage wie auf jeder Grundlage sich erhebt." (Wiederlief. Die soziale Frage. — S. 8). C. Prünte.

Bestreben und Ziele eines Volksvereins.

Wie vielfältig die Aufgaben sind, die bei der Lösung der sozialen Frage an die katholische Welt gestellt werden müssen, im Interesse einer durchgreifenden Reform, wurde auf der zugleich mit der 59. General-Versammlung der deutschen Katholiken in Aachen abgehaltenen General-Versammlung des kathol. Volksvereins vom Grafen Hans Praschma, der in großzügiger Weise die Bestrebungen und Ziele des Volksvereins darlegte, auseinandergesetzt.

Der deutsche Volksverein, dessen Streben für alle sozial tätigen Vereinigungen als mustergültig betrachtet wird, und dessen Beispiele auch der D. N.-K. Central-Verein seit Jahren folgt, stellt sich nach der Darlegung des Redners als seine wichtigste Aufgabe die apologetische, welche die Förderung der christlichen Gesellschaftsordnung, die Pflege der Religion im Volke und Abwehr der Angriffe auf die religiösen Grundlagen der Gesellschaft zum Gegenstande hat. Durch die unglaublich rasche Entwicklung der Technik, und die dadurch bedingte große Verschiebung der sozialen Schichten mit ihren Begleitererscheinungen, dem Hasten und Jagen nach Gewinn und Genuß, sowie durch die rücksichtslose Ausnutzung der Macht gegen die Konkurrenz und eine maßlose Ueberschätzung des menschlichen Könnens ist ein Materialismus gezeitigt worden, der die Religion immer mehr vergessen läßt und nur mit Spott und Hohn auf die Bestrebungen, die sozialen und wirtschaftlichen Fragen mit den Prinzipien der Religion in Verbindung zu bringen und auf religiösen Grundlagen aufzubauen, herabblüht. Und doch lehrt die christliche Weltanschauung, daß diese Fragen nicht durch das freie Spiel der Kräfte gelöst werden können, sondern, daß höhere, göttliche Gesetze bestehen, die die Grundlagen und Grundsätze der sozialen Ordnung regeln. Diese Grundsätze den Arbeitern wie Unternehmern klar zu machen und ihre Anwendung herbeizuführen, darauf sind die Bestrebungen nicht nur des deutschen Volksvereins, sondern auch des Central-Vereins ständig gerichtet. Jenen Höhnenden aber halte man mit dem Grafen Praschma entgegen, daß das Wort des Revolutionärs Brudhomme: „Zu meinem Erstaunen habe ich gefunden, je tiefer ich in die Politik eingedrungen bin, daß immer im tiefsten Grund die Religion steht,“ für alle Fragen des öffentlichen Lebens gilt.

Als eine der besonderen Aufgaben des Volksvereins nannte der Redner die, die Katholiken für das Leben vorzubilden, das sie auf allen möglichen Gebieten mit Andersgläubigen zusammenführt, vor allem das erwerbende Volk. Diese Aufgabe müsse mit aller Kraft betrieben und auch auf die Jugend ausgedehnt werden. Denn wenn eine Jugend heranwächst, die weder im Familienkreise noch in der Schule die christlichen Grundsätze kennen lernt, dann haben die Gegner gewonnenes Spiel. Den Lockungen glänzend dargestellter materieller Vortheile muß eine Generation erliegen, der jeder Begriff der christlichen Lebensauffassung mangelt. Den Anstrengungen, die auf geistlicher Seite gemacht werden, die Jugend zu gewin-

nen, muß katholischerseits fest entgegen gearbeitet werden. Auch der Frauenbewegung muß ein gesundes Streben der Frau, sich nach außen zu bethätigen, nicht aber überspannte Forderungen zugesprochen werden, dabei darf aber nie außer Acht gelassen werden, daß die wichtigste Pflicht und Aufgabe der Frau darin besteht, im eigenen Hause Hort der Religion und Sittlichkeit für Mann und Kinder zu sein.

Weiterhin widmet sich der Volksverein Deutschlands nach den Ausführungen des Redners dem Kampf für die christliche Schule, und trägt denselben in das katholische und christliche Volk aller Stände, um so auch dem Einfluß seiner liberalen, sozialistischen und freidenkerischen Gegner zu begegnen. „Ja, sagen diese, fährt der Redner fort, „da sieht man es wieder, man will das Volk dumm halten, es mit einem Wechsel auf auf den Himmel trösten, es allenfalls mit Almosen abspesen.“ Ob die Sozialdemokratie ihre Wechsel einlöst, um bei diesem Worte zu bleiben, sei doch noch sehr fraglich. Andererseits werde man der Entwicklung von heute nicht mit Beten allein gerecht, sie erfordere auch intensive eigene Arbeit.“ Mit Wahrheit komme man heute nicht durch, dazu sei die Konkurrenz heute viel zu rücksichtslos und zu groß.

„Ich habe schon als Präsident der Düsseldorfer Katholikenversammlung gesagt, führt Graf Praschma weiter aus, daß wir das Beste leisten müssen und alle Klagen über Inferiorität werden mit dem Tage verschwinden, wo der letzte Katholik Mitglied des Volksvereins geworden ist. Also nach dieser Seite hin das Ziel zu erreichen, ist der Zweck des Volksvereins.“

Das soziale Gleichgewicht sei aber nicht durch die Fürsorge anderer allein wieder herzustellen. „Man ist oft viel zu sehr geneigt, sich auf die Gesetzgebung allein zu verlassen. Das gilt nicht bloß für die Arbeiter. In dem gesellschaftlichen Schutze der nationalen Arbeit müssen wir selber mithelfen. Der Landwirth muß seine Wirtschaftsweise vervollkommen, der Gewerbetreibende, der Kaufmann, der Handwerker seinen Betrieb den modernen Anforderungen anpassen. Wie das zu machen ist, lehrt der Volksverein und darum hinein ihr Landwirth, ihr Kaufleute und Gewerbetreibende in diesen Verein, der nicht, wie so viele meinen, bloß für Industriearbeiter da ist,“ wie ja auch unser Central-Verein nicht nur dem Arbeiterstande Hülfe leisten will, sondern allen Ständen der Gesellschaft.

Unsere Zeit hat allen Bürgern weitreichende Freiheiten und Rechte verliehen. Ihnen entsprechend müssen die Massen des Volkes durch eine staatsbürgerliche Schulung vorbereitet werden, diese Rechte und Freiheiten zweckmäßig zu benutzen. Zu diesem Zwecke muß auf Wahrung und Werthung der Autorität, die leider in unseren Vereinigten Staaten eine bedenkliche Einbuße erlitten, besonders geachtet und dem kath. Volke über Bürgerkunde Belehrung gebracht werden, d. h. es muß ihm die im Sinne des Christenthums richtige Auffassung von den Aufgaben des Staates wie der Gemeinde beigebracht werden, damit es daraus die eigenen Rechte aber auch die Rechte der anderen und die dadurch bedingten eigenen Pflichten kennen lernt und im Stande ist, den verschiedenen Anforderungen, die das Gemeinwesen stellt, gerecht zu werden und dabei christliche Grundsätze zu vertreten. Nicht minder wichtig ist die soziale Schulung, die auch in den Vereinen des Central-Vereins von seiner Central-Stelle befürwortet und in den jährlich veranstalteten Stu-

dienkursen in immer weitere Kreise getragen und somit, gerade wie in Deutschland durch die Bestrebungen des Volksvereins, ein besseres Verständnis für die Voraussetzungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, für die erstrebenswerthen Reformen, für die Selbsthilfe der einzelnen Stände und für soziale Gesetzgebung im allgemeinen gefördert wird. Wörtlich äußerte sich darüber Graf Praschma:

„Es ist unser Stolz, daß die deutsche Sozialpolitik von führenden katholischen Männern inaugurirt wurde. Namen, wie Ketteler, Galen, Hertling, Brandts und Sige werden für ewige Zeiten mit ihr verknüpft sein. Aber es genügt nicht, die Theorien aufzustellen, die Gesetzesvorschriften ausgearbeitet zu haben. Die Sozialpolitik muß lebendig, flüssig sein, wie die Verhältnisse, die sie bessern will. Sie so erhalten kann nur eine Organisation wie der Volksverein, dessen Leitung in ständiger, engster Verbindung mit dem wirtschaftlichen Leben der Nation in allen seinen Phasen und Zweigen bleibt.

Es gehört aber auch dazu, daß das Verständnis für die soziale Frage tief hineindringt in alle Kreise des Volkes, damit sie an ihrer Lösung das volle Verständnis für die Voraussetzungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, für die erstrebenswerthen Reformen, für die nothwendige Hilfe des Staates in Gesetzgebung und Verwaltung unter Ausgleich der verschiedenen Interessen.“

Eindringlich befürwortete der Redner die Selbsthilfe der einzelnen Stände, des weiteren aber auch ein besseres gegenseitiges Verständnis der einzelnen Erwerbsstände unter einander. „Wie wenig Sinn für berechtigten Forderungen der Arbeiter, sagt Graf Praschma treffend, findet sich häufig beim Landwirth, bei den Gewerbetreibenden und vielen Großunternehmern; wie wenig aber anderseits bei den Arbeitern Verständnis für die Existenzbedingungen der anderen produzierenden Stände und der Arbeitgeber, wie z. B., daß der gesetzliche Schutz der nationalen Arbeit für jene nöthig, aber auch für sie selber vortheilhaft ist.“ Hier setze ganz besonders die Arbeit des Volksvereins ein neben und über den Standes- und Berufsvereinigungen. „Die Wünsche der Erwerbsgruppen auszugleichen ist die Arbeit des Volksvereins“. Wie steht es mit dem Verständnis für die sozialen Fragen bei den gewissermaßen Unbetheiligten? Was hören wir in den sogenannten gebildeten Kreisen oft für Urtheile über die soziale Gesetzgebung, über die Forderungen der erwerbenden Stände. Dieses Verständnis finde man nicht am Bierisch und daher wende er sich jetzt an alle die anderen Kreise des katholischen Volkes, besonders auch an das gebildete Bürgerthum, an die Männer der Wissenschaft, Studierenden und Lehrer, kurz an das ganze katholische Volk mit dem Rufe: Gerein in den Volksverein! „Wer die geschilderten Aufgaben lösen hilft, hilft die Mission der katholischen Kirche in der Gegenwart erfüllen, hilft das Reich Gottes ausbauen und das ist eine religiöse Pflicht, der sich niemand entziehen darf, der es ernst nimmt mit seinen Pflichten.“ Das sei aber auch eine patriotische Pflicht für alle, welche die Bestrebungen des Radikalismus und Sozialismus für das Vaterland verderblich hielten.

Wer glaubt, daß der Redner da etwas hohe Töne angeschlagen, sollte sich der Worte aus der Encyklika

Leo XIII. über die christliche Demokratie erinnern „Niemand lebt im Staate nur seinem eigenen Vortheile, sondern auch für das Gesamtwohl, so daß, was die einen für ihren Theil zur Verwirklichung der allgemeinen Wohlfahrt nicht leisten können, die anderen denen das möglich ist, durch reichlichere Leistungen ersetzen sollen. Wie schwer diese Pflicht verbindet, dafür giebt die Fülle und der Werth der empfangenen Güter selbst den Maßstab, welche nothwendigerweise auch eine strengere Rechenschaft von Gott, dem höchsten Geben begründen. Auch die Gefahr der Ansteckung, die dem Bösen innewohnt, erinnert an diese Pflicht; denn wo nicht zur rechten Zeit Abhilfe getroffen wird, untergräbt es mit seinen Verheerungen alle Stände. Wer also es verabsäumt, um das Volk und seine Bedrängnisse sich anzunehmen, der versündigt sich durch seinen Leichtsinns an sich selbst und am Staate.“ So Leo XIII., der bei derselben Gelegenheit das „Zusammenwirken in reicher Zahl“ hervorhebt, wie Pius X. ausdrücklich die von einer Centralstelle aus geleitete Thätigkeit als nothwendig und wünschenswerth anerkannt hat.

M. P.

Gesetzliche Anzeigepflicht für berufliche Vergiftungskrankheiten der Arbeiter.

Es war der berühmte italienische Arzt Rammazzini (geb. 1633 zu Capri), der, ein bis dahin unangebautes Gebiet betretend, sagte: Man müsse gestehen, daß aus manchen Kantierungen für die Arbeiter nicht geringes Leid erwachse, und daß sie aus dem Gewerbe, von dem sie ihr Leben zu fristen und ihre Familien zu ernähren gedächten, häufig sehr schwere Krankheiten davontragen und frühzeitig aus der Zahl der Lebenden abtreten, das Handwerk verwünschend, dem sie sich gewidmet haben. Nun ist aber die Zahl der Berufe und Beschäftigungen, welche die in ihnen sich Bethätigenden an Leib und Leben schädigen, infolge des Aufschwungs der Technik und der Chemie im Laufe der letzten Jahrhunderte nur gestiegen, so daß die Forderung des alten Italieners, der Arzt solle, wenn er jemand aus den ärmeren Volksklassen besuche, zu den üblichen Fragen, noch eine weitere hinzufügen: Die nach dem Berufe, dem der Kranke angehört, heute eine hervorragende Bedeutung besitz. Vor allem sind es die gewerblichen Gifte, die heute in einem unvergleichbar höherem Maße die Arbeiter gefährden, als in früheren Zeiten. Wie umfangreich dieser Gefahrenkreis ist, der von gewerblichen Giften beherrscht wird, erweist die sog. „Giftliste“, d. i. eine Zusammenstellung von fast 100 giftigen, organischen und anorganischen Stoffen, welche die Internationale Vereinigung mit Hilfe ihrer Landesabtheilungen in den einzelnen Staaten auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen in den damit arbeitenden Industrien vorgenommen hat und welche Verwendungsart und Gefährlichkeitsgrad der einzelnen Stoffe, so weit es der Stand der Wissenschaft erlaubt, kennzeichnet.

In Europa war das Bemühen der Gewerbehygieniker und Sozialpolitiker seit Jahren darauf gerichtet, die Schädigung der Arbeiter durch die gewerblichen Gifte wirksamer zu bekämpfen und nach Möglichkeit

zu verhüten, ehe in unsrem Lande auch nur der erste Schritt gethan wurde nach dieser Richtung. Man wußte wohl in allgemeinen von der Bleigefahr in Bleifarbenfabriken, im Malergewerbe, im Segegewerbe, aber niemand konnte Rechenschaft geben über Art und Zahl der Vergiftungsfälle, fast ganz übersehen die Giftpflanze der Betriebe, die Schwefelkohlenstoff, Quecksilber, Arsen u. s. w. verarbeiten. Erst die Enquete einer vom Gouverneur von Illinois im 1910 eingesetzten Kommission zur Erforschung des Vorkommens wie der Häufigkeit der gewerblichen Vergiftungsfrankheiten, hat selbst interessierten Kreisen die Augen geöffnet über den Umfang des Übels.

Angeichts des von dieser Enquete gelieferten Materials vermochte man sich der Einsicht nicht zu verschließen, die in England und Deutschland bereits durchgedrungen war, daß es nothwendig sei, auf die Einführung der ärztlichen Anzeigepflicht für alle gewerblichen Vergiftungen auf gesetzlichem Wege hinzuwirken, damit ein zuverlässiges Bild von dem Umfang und der Bedeutung der gewerblichen Vergiftungen geschaffen und so festere Grundlagen für ihre energische Bekämpfung gewonnen werden können. Hier wirkte nun das Vorgehen der American Association for Labor Legislation, des amerikanischen Zweigs der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, bahnbrechend. Wenn heute bereits acht Staaten der Union: New York, New Jersey, Connecticut, Maryland, Michigan, Illinois, Wisconsin und California die ärztliche Anzeigepflicht eingeführt haben, so ist das zu nicht geringem Theil das Verdienst des genannten Verbandes, der insbesondere auch die Eintheiligkeit der gesetzlichen Bestimmungen dieser Art in den verschiedenen Einzelstaaten befürwortet. Im Laufe der nächsten Jahre wird die American Association for Labor Legislation für diese Maßregel in weiteren Staaten Gesetzkraft zu erringen suchen. In dem Fall wird der Central-Verein, der genannten Verbands angegeschlossen ist, die Staatsverbände zur Mitarbeit auffordern. Mögen sie dann ebenso herzhast eingreifen wie seinerzeit, als es galt die Eschbill im Kongreß unter Dach zu bringen.

In Deutschland hat, wie wir aus einem der jüngsten Hefte der „Sozialen Praxis“ erfahren, die neue Reichsversicherungsordnung die Handhabe zur Verwirklichung der auch von den deutschen Regierungen grundsätzlich getheilten Bestrebung geboten. Auf jene gestützt hat nun der preussische Minister für Handel und Gewerbe einen Erlaß veröffentlicht, der den Gewerbeaufsichtsbeamten u. s. w. eine sorgfältigere Auskunftsertheilung über Zahl und Art der Erkrankungen zur Pflicht macht. Da der Erlaß die von uns besprochene Frage des weiteren erläutert, mag er hier im Wortlaute mitgetheilt werden, wobei zu beachten, daß er an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten gerichtet ist. Er besagt:

„Der weitere Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und auch das Maß des Schutzes, der den Arbeitern in den einzelnen Betrieben zuteil wird, hängen zum großen Theile davon ab, daß es gelingt, zuverlässige Angaben über die Art und den Umfang der auf Vergiftungen beruhenden gewerblichen Erkrankungen zu erhalten. Infolgedessen ist von verschiedenen Seiten, u. a. auch von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, die Einführung der ärztlichen Anzeigepflicht für alle gewerblichen Vergiftungen angeregt worden. Dieser Maßregel stehen aber beträchtliche Schwierigkei-

ten entgegen. Dagegen erscheint es empfehlenswerth, zu versuchen, ob es möglich ist, gemäß § 343 der Reichsversicherung von den Krankenkassen brauchbare Angaben über die gewerblichen Erkrankungen, die auf Vergiftungen zurückzuführen sind, zu erhalten. In diesem Paragraphen, der allerdings noch nicht in Kraft getreten ist, werden die Krankenkassen verpflichtet, den Gewerbeaufsichtsbeamten auf Verlangen Auskunft über die Zahl und Art der Erkrankungen zu geben. Diese Bestimmung soll — wie in den Reichstagsverhandlungen zum Ausdruck gebracht ist — es ermöglichen, die Berufsfrankheiten wirksam zu erfassen und ihrer Ausbreitung vorzubeugen. Dazu wird es indessen nicht genügen, lediglich die Zahl der unter den Mitgliedern einer Krankenkasse vorgekommenen Erkrankungsfälle kennen zu lernen; vielmehr wird es nöthig sein, zu erfahren, in welchem Betriebe die Erkrankungen vorgekommen sind und welche Personen erkrankt sind. Denn nur mit Hilfe dieser Angaben werden sich die Ursachen der Erkrankung und die Mittel zu ihrer Bekämpfung feststellen lassen. Die Krankenkassen besitzen meistens diese Angaben. Sie werden auch nach den bisherigen Erfahrungen in der Regel durchaus bereit sein, sie den Gewerbeaufsichtsbeamten zur Verfügung zu stellen.

Ich ersuche Sie daher, die Ihnen unterstellten Gewerbeinspektoren anzuweisen, daß sie sich unter Beziehung auf § 343 RVO. mit den Vorständen derjenigen Krankenkassen ihres Bezirks, unter deren Mitgliedern vermuthlich Blei-, Phosphor-, Arsen- oder Quecksilber-Vergiftungen nicht nur ganz ausnahmsweise vorkommen werden, in geeigneter Weise in Verbindung setzen und sie, soweit dies erreichbar ist, veranlassen, ihnen von jeder Erkrankung eines Mitglieds, die durch Blei, Quecksilber, Arsen oder Phosphor hervorgerufen ist, thunlichst bald Kenntniss zu geben. Dabei ist alles, was als eine zwecklose Belästigung der Kassen aufgefasset werden könnte, also namentlich entbehrliches Schreibwerk und jede Ausdehnung des Erforschens über die bezeichneten Fragen hinaus, unbedingt zu vermeiden.

Auf Grund der eingegangenen Mittheilungen haben die Gewerbeaufsichtsbeamten die Ursachen der Vergiftungen thunlichst aufzuklären und, soweit dies möglich erscheint, auf dem durch § 120b der Gewerbeordnung und § 8 der Dienstanzweisung vom 23. März 1892 bezeichneten Wege ihrer Wiederholung entgegenzuwirken. Von jeder eingegangenen Mittheilung haben sie alsbald dem Kreisarzt Kenntniss zu geben, damit dieser sie in medizinischer Hinsicht rechtzeitig prüfen kann; geeignetenfalls haben sie sich der Mitwirkung des Kreisarztes bei den Nachforschungen nach den Ursachen der Vergiftungen zu versichern, u. s. w.

Infolge der in unsrem Lande allgemein eingeführten Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten, ist es uns leichter gemacht, als das in Deutschland der Fall zu sein scheint, die Anzeigepflicht für gewerbliche Berufsfrankheiten durchzusetzen. Daß dies erwünscht, ja nothwendig ist, erhellt aus dem Mitgetheilten. Mögen die dem Central-Verein angeschlossenen Vereine nach Kräften mitwirken, dieser Forderung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in recht vielen Staaten unsres Landes durchzusetzen.
Rappa.

Ein- und Ausblicke.

Auf dem in Essen jüngst abgehaltenen „Evangelisch-Sozialen Kongreß“ hielt auch der Altmeister deutscher Volkswirtschaftslehre, Prof. Adolph Wagner, eine längere Ansprache. Er hob darin u. a. hervor, daß auch das, was die deutschen Ratheder Sozialisten — deren hervorragendster Vertreter Wagner ist — „Staatssozialismus“ nennen, natürlich Unvollkommenheiten an sich haben werde. „Es ist deshalb geradezu ein Verbrechen von der sozialdemokratischen Agitation“, fährt Prof. Wagner fort, „daß sie ihren Anhängern die Illusion bietet, daß sie einen vollkommenen, makellosen Sozialistenstaat errichten könnten, daß sie ihren Anhängern sagt, das Wohl und

Wehe der Menschen hänge nur von ökonomischen Faktoren ab. Nein, das Wohl und Wehe der Menschen hängt von der Beschaffenheit der geistigen, körperlichen und charakterologischen Momente ab. Wenn da nicht Wandel geschaffen wird, ist alles andere Nebensache. Aber auch wenn wir das aussprechen, so bleibt es auf der anderen Seite doch wahr, daß die weitere Entwicklung auf der Entfaltung der ökonomischen Verhältnisse beruht und daß daher diese ökonomischen Verhältnisse so gestaltet werden müssen, um den ungeheuren Fortschritt auch den Arbeitern und dem Mittelstand zugute kommen zu lassen. Wir wollen keine Entwicklung, die auf der einen Seite nur Arbeiter, auf der anderen Seite nur Großunternehmer und dazwischen einen kleinen Mittelstand kennt. Wir wollen größere Gleichmäßigkeit der Verhältnisse. Die Löhne sind gewiß gestiegen, aber die Lohnsteigerung reicht noch nicht aus. Die Anhäufung des Vermögens und des Einkommens der oberen Klassen hat viel stärker zugenommen. Wir wollen daher die Erwerbsquellen vermehren, die der Gesamtheit zugute kommen."

Ein sozialpolitisches Programm, wie es in wenigen Sätzen kaum klarer ausgesprochen werden kann.

—0—

Da wir nun einmal von Prof. Wagner und den deutschen Kathedersozialisten reden, sei auf ein Urtheil des Professors Albion Small über diese hingewiesen. Dieser hervorragende amerikanische Soziologe äußerte sich im lehterschienenen Heft des American Journal of Sociology (No. 6 des 17. Bandes): „Verhältnißmäßig wenige Amerikaner wissen, daß die Sozial-Philosophie, die in Deutschland seit 1870 gelehrt und geübt wird, tiefgründiger demokratisch ist, als die Theorien, die in England entwickelt und in den Vereinigten Staaten angenommen worden sind. Durch eine der denkwürdigen Verdrehungen in der Geschichte hat man uns den Kaiser als einen altmodischen Absolutisten zu betrachten gelehrt, und in der Bestätigung dieser Idee sind wir veranlaßt worden, zu glauben, daß die deutschen Sozial-Theorien bloß übertriebene Sozialismen seien, geboren aus Verzweiflung gegen die Unterdrückung. Dabei ist es Thatsache, daß vor vierzig Jahren eine Gesellschaft deutscher Nationalökonomien, die sich als die einflußreichste Körperschaft sozialer Gelehrten, die je in der Welt gegründet wurde, erwiesen hat, vorfälliger Weise den kapitalistischen Grundbegriff, auf dem die englische und amerikanische Politik noch unbeschränkt ruht, verwarf. Sie erklärten, daß das wirtschaftliche Leben keine Lizenz haben könne, außer die einer untergeordneten Abtheilung des moralischen Lebens der Menschen. Sie sagten, daß alle national-ökonomischen und sozialen Probleme ethische Probleme seien und folglich als solche behandelt werden müßten. Was wir auch von den Einzelheiten der Politik Deutschlands in der Verfolgung dieses Grundsatzes halten mögen; ihr selbst ist es doch gelungen, jenen Normallehren des Erfolges nachzukommen, die England und Amerika anwenden. Deutsche Sozialtheorie hat nicht Deutschlands politische Kraft untergraben; sie hat nicht Deutschlands Industrien zu Grunde gerichtet. Im Gegentheil, wie Jedermann weiß, hat Deutschland während der verflossenen vierzig Jahre größeren Zuwachs an politischer und industrieller Kraft gewonnen, als irgend eine andere europäische Macht."

Es ist in der That das große Verdienst der deutschen sog. Kathedersozialisten, die hohe Bedeutung der Ethik für das Wirtschaftsleben anerkannt und ihr zur Anerkennung verholfen zu haben, wie sie andererseits sich verdient machten dadurch, daß sie die richtige Mittelsuchten zwischen Individualismus und Sozialismus.

—0—

Im August-September-Heft der Zeitschrift Soziale Kultur veröffentlicht der bekannte deutsche katholische Soziologe Hans Rost eine ausführlichere Abhandlung über „Konfession und Geburtsfrequenz.“ Als Ergebnis seiner Untersuchung stellt Rost die Thatsache fest, daß die katholische Bevölkerung in Deutschland und auch in anderen Ländern infolge ihrer größeren Glaubensüberzeugung den Versuchungen der Unterschlagung der Kinderzahl stärker Widerstand leistet als andere Konfessionsbevölkerungen. Die natürliche Folge ist ein größerer Kindersegen. Dieser Umstand wäre für das Wachsthum der katholischen Bevölkerung im ganzen gegenüber der protestantischen und (liberal) jüdischen Bevölkerung von weittragender Bedeutung. Bei konsequentem Fortgang dieser Entwicklungstendenz müßten die übrigen Konfessionen bald ein gut Theil ihrer Stärke verlieren, wenn nicht durch die etwas höhere Sterblichkeit, die vor allem durch die wirtschaftlich ungünstigere Lage der Katholiken in Ländern wie Deutschland und dem unsren bedingt wird, und die Verluste durch die Mischehen bei den Katholiken ihr günstiger Vorsprung in Bevölkerungsweisen, ihr natürlicher Aufbau innerhalb des Volksganzen erheblich herabgedrückt und an größeren zahlenmäßigen Vorsprüngen gehindert würde.

—0—

Zur Förderung der Kleinwohnungen durch das Reich hat der Deutsche Reichstag vier Millionen Mark in den Etat eingestellt. Bei den Verathungen darüber (22. März), sagte der Sozialpolitiker Graf Posadowsky zum Schluß:

„Ich meine, die Wohnungsfrage ist eine Kulturfrage allerersten Ranges. Man hat uns Wohnungsmoralisten genannt. Ich möchte antworten: Seid bedankt für dieses Wort! Indem wir bessere Wohnungen schaffen, sorgen wir für die sittliche Stärkung des Volkes.“

Die Wohnungsfrage ist allerdings eine Kulturfrage ersten Ranges. Leider, daß so viele ihr gleichgültig gegenüber stehen. Und Dr. Hans Rost hat recht, indem er in seiner Schrift über das moderne Wohnungsproblem betont: „Wir mühen uns ab, die öffentliche Sittlichkeit des Volkes zu heben, wir predigen gegen den Alkohol und loben das häusliche Familienleben. So lange aber die Mehrzahl des Volkes keine würdigen Wohnungsverhältnisse hat, werden solche Soziale Bestrebungen stets der Arbeit eines Sisyphus gleich sein.“

—0—

Selbst für den einfachen Arbeiter scheint eine Einsicht in die Gesetze, welche das gesellschaftliche Leben in Beziehung auf die wirtschaftlichen Güter regieren, nicht überflüssig zu sein. Vor allem würde er dann über die wahre Natur seiner eigenen Interessen und über die Art und Weise, sie mit den Interessen Anderer in Einklang zu bringen, in's Klare kommen. — Luigi Cossa.

—0—

Central-Blatt & Social Justice

Published Monthly by the Central Bureau of the Central Verein, 18 South Sixth St., St. Louis, Mo.

Subscription \$1.00 a year, payable in advance. Single copies, 10 cents. Bundle Rates: 5-25 copies to one address, 7½ cents each; 25-50 copies, 6 cents each; 50 and more copies, 5 cents each.

Remittances should be made by money-order or draft payable to Central Bureau of the Central Verein. To checks 10 cents for collection charges should be added.

The Need of Personal Service.

I.

In his Encyclical Letter on the condition of the laboring classes, Pope Leo XIII reminds Catholics generally that they have no choice in the matter of taking an active interest in the condition of workingmen and their families, but that they are rather under a stringent obligation to do so. No man is excused from this duty of co-operation for the welfare of the weaker classes, nor from the obligation of engaging actively in the more general service of lending his aid toward the solution of other phases of the great social question.

We are beginning to become cognizant of the vast import of this great question in its various phases, and some of us have grown conscious of our obligation of aiding in the alleviation of suffering and the bringing about of permanent social reform. We realize that the spreading of information, of instruction on social conditions and measures of social reform, along with the securing of legislation designed to remedy some of the evils we condemn is a desirable means to the end we strive to attain; and we preach the employment of these means on all occasions. Still we are apt to overlook one great means for social betterment, a means which is at the disposal of all of us, a means which we all *must* employ if we would obey the command voiced by Leo XIII in the Encyclical mentioned; a means which must be the basis of all others if they are to be successful—*personal service*.

This means is very strongly advocated by Father Cuthbert, O. S. F. C., in his book on *Catholic Ideals in Social Life*.^{*} The author evidently has in mind the English public first of all, and his advice is given primarily to Catholic men and women in England. Still, the conditions for which he offers this remedy are so general and so prevalent, particularly in this country also, that the remedy applies with equal force in the United States. For Father Cuthbert traces much of the misery existing in England to the unrestricted regime which has so long dominated the economic field in that country; and we have been docile pupils—if not indeed blind followers of England's economists for over a hundred years past. The causes of social evils in England and the United States are in a large measure identical; conditions to-day are similar in both countries; the remedy, then, may be advocated here as urgently as there.

Speaking of the nature and need of personal service, the author defines it as "the giving of personal sympathy and energy to those who need it."

"I do not for a moment mean to say that legislation is not of any use to the very poor," he writes in one of the last chapters of the book mentioned. "Legislation is, in truth, most necessary, and it is every citizen's duty to endeavor to bring about and to support legislative action which tends to render the lot of the poor more endurable and healthier, or which will raise them in the moral or intellectual sphere, or take away from their path some of the most flagrant temptations to vice. No Christian can be indifferent as to whether the laws of the land favor the liberty-to-starve system of the ultra-individualist, or the more Catholic system which protects the weak. It is unthinkable that any responsible man can tolerate legislation which protects the tempter who, for his own gain, tempts the poor and ignorant to drink or immorality. No; our duty as Christians compels us to bring about more Christian legislation; to protect the weak against the lawless strong; to give a helping hand to the honest worker in his old age or sickness, without degrading him to a pauper's garb, and to prevent the herding together of Christian men and women like mere cattle."

But legislation at its best can never reach the whole length of the evil. It cannot bring back the denizens of the slums and alleys into human fellowship with their more favored fellow-men unless these go out to meet them. "The poor have been practically outcast from all the influences that refine and educate by a selfish individualism; they must be brought back again by Christian charity. But charity does not consist in the giving of money, whether directly to individual poor or indirectly through organizations and institutions. The giving of money is but a small part of it. Christian charity is the *giving of oneself*. The money that is given to the poor merits the name of charity only when it is accompanied by sympathy with those to whom the money is given, and when it represents at least the desire to take the hand of the wayfarer or sufferer for comfort or encouragement. Charity indeed means fellowship, and fellowship implies personal service. Nothing can take the place of this. Money given to charitable organizations is good in its way; but if it is meant to save the giver from that personal service he owes his less-favored neighbor, then it becomes a mischievous evil, blinding the conscience to a higher duty. Now, this is just where many people are found wanting. They are willing to subscribe to any agency or institution which frees them from the presence of the poor and seems to take away the duty of giving them their personal services; they will give their money freely, even to the casual beggar, so long as they are not asked to give something more. They blind themselves to the fact that what men and women require in this life is oftentimes the hand-grasp or a sympathetic word, the moral support of human fellowship. Money can relieve bodily hunger; but there is a moral hunger, a poverty of soul, which money can never relieve. There is the strengthening of moral purpose, the brightening of the cheerless life, the comfort in the home of sorrow—these are the alms most worthy of Christian fellowship, which are most valued too by the poor, even in this commercial age.

^{*}Benziger Bros., New York, Cincinnati and Chicago. 1911.

Yet they are the alms most stintedly given, perhaps because they imply a greater self-sacrifice; a more unselfish spirit. To feed the poor, as Christ would have us feed them, we must serve them with our own hands; to comfort the afflicted, we must take them to our own heart; to raise the degraded, we must give them our own comradeship. That is the charity which saves the world, and in which society has been for long so sadly wanting."

Perhaps it will be asked: How are we to set to work? In what fashion can we give our services? Is it necessary for us to don uniform and march to the sound of bugle or drum, or must we form bureaus and committees for the relief of the poor? "To many people," Father Cuthbert continues, "the idea of personal service at once conveys the notion of ostentatious parade; yet it need not be so. Indeed, the more hidden and unostentatious is our service, the better is it very often. Nor is it needful in many places to form committees or establish organized agencies. Already there are agencies at work striving to cope with the great want. But these agencies are undermanned and are dragging out oftentimes but a precarious existence for want of co-operators. There are agencies, each designed to meet some special want of the day. Here are opportunities for organized personal service; but how are they supported?" A. F. B.

—0—

The Taxation of Urban "Unearned Increment."

In last month's issue of "C.-B. & S.-J." it was shown that very important advantages accrue to society from a healthy system of private ownership of agricultural land. Similar arguments might be used to defend the private ownership of land in cities, although here it must be admitted the case against the single tax is not as strong as in the country. The ethical claims of private owners to the present values of their lands, however, is the same in both situations and only the direst necessity could warrant the State in confiscating those values.

Within recent years there has been growing a tendency to distinguish between present land values and future "unearned increment" and to treat them differently in levying taxes. In Germany and Great Britain especially this idea has found favor and both of these countries purpose appropriating a part of the future "unearned increment" of land values by means of special taxation. Both countries, however, make a liberal exemption in the case of land used for agricultural purposes.

The Germans were the first to levy this special taxation. Early in November, 1897, two German Catholic missionaries were murdered in China. Before the middle of the month Admiral von Diderichs had seized the district of Kia Chow and had taken steps looking toward the acquisition of the land for the German Empire. The Chinese owners were paid a liberal value for their land, estimated on the basis of its use for agriculture, and it was realized by the German buyers that with the establishment of a port and the growth of a commercial city under German protection, land values would rise rapidly. The German Governor of the

district offered land for sale at public auction from time to time as there was demand for it and the different pieces of land were sold to the highest bidders. There was, however, this limitation upon the sale of land. The land was to be subject to a yearly tax of 6 per cent of its capital value, and in addition whenever it was sold, one-third of the increase in its value since its last sale was to be collected by the government. Thus, one-third of the "unearned increment" was to go to the government and two-thirds to the private owner. Where land remained longer than twenty-five years without change of ownership an estimate was to be made of its "unearned increment" and one-third of this amount was to be taken in taxes.

Although conditions did not seem as favorable for success, a somewhat similar tax on "unearned increment" was introduced in Frankfort-on-Main in 1903. Under the Frankfort ordinance, as amended in 1906, there was to be levied when a piece of real estate was sold (1) a two per cent tax on the whole purchase price, and (2) an additional tax which varied under varying conditions. If less than twenty years had elapsed since a previous sale an "increment value tax" was levied at the following rates: If the land had increased in value fifteen per cent since the last sale a tax of two per cent of the increase was collected. If twenty per cent, three per cent was taken; if twenty-five per cent, four per cent, and so on, one per cent being added to the tax rate for every five per cent increase in value. The increase in the tax rate on the "unearned increment" continued to the point at which twenty-five per cent of the unearned increment was taken in taxes.

Many other German places adopted the increment value tax until 1910 it was estimated that the German cities and towns which had adopted the tax contained an aggregate population of 15,000,000. Some of the larger cities to adopt it were Cologne, Hamburg, Berlin, Leipsic, Breslau, Kiel, Wiesbaden, Dortmund and Essen. The tax rate on unearned increment in the various cities varied greatly. In Frankfort, as we have seen, it varied between two and twenty-five per cent according to the rate of increase of value and length of time since the previous sale. In Hamburg the extremes were one and twelve and on-half per cent, in Berlin five and twenty per cent, in Breslau six and twenty-five, in Cologne ten and twenty-five.

In 1909 the German Empire first put itself on record as being in favor of an increment tax on an imperial scale. It was argued that much of the national prosperity and hence of increased land values was due to the founding of the Empire and to its expenditures and that it was not fair to the Imperial finances to turn this source of taxation which had been so largely created by the empire entirely over to the cities. Accordingly, it was agreed that as soon as a plan could be worked out (not later than April 1, 1911), the government was to present a plan for taxing "unearned increment." After numerous amendments the government's proposal was adopted in February, 1911.

The German law contains seventy-two sections, many of them involving much administrative detail. Hence, it will be impossible here to give more than a bird's-eye view of the plan. Section one provides: "When the title to parcels of land lying within the country shall be transferred, a tax shall be levied upon that increase in the value of the land which has arisen without the proprietor's having contributed thereto. If the selling price of the land or the total value of the land, in case only a part of the land is sold, shall not exceed, for improved property 20,000 marks, and for unimproved property 5,000 marks, the transfer shall not be subject to the tax . . ." Section eight states: "The taxable increment shall consist of the difference between the purchase price and the selling price . . ." Other sections provide with much detail for various costs and improvements, some of which are to be added to the purchase price and others to be subtracted from the selling price with the purpose that the tax shall really fall upon "unearned" increment and not upon increment due to the efforts of the owner. A severe struggle occurred in the Reichstag over the question whether the cost of permanent improvements should be added to the purchase price or subtracted from the selling price in computing the increase in value. At first sight it would appear that it would not make any difference which method was followed, but when it is realized that the rate of the tax depends upon the *percentage* of increase in value it will be readily seen that the land owners scored a considerable victory in having the cost of improvements *added to the purchase price*. This method of computation lowers the *percentage* of increase in value.

Section twenty-eight provides that the rate of the tax shall be as follows:

- 10% if the increment is not over 10%;
- 11% if the increment is between 10% and 30%, inclusive;
- 12% if the increment is between 30% and 50%, inclusive;

and so on, the *rate of taxation* increasing 1% for every 20% increase in the *rate of increment*. A tax rate of 20% is levied when the increment rate of 190% is reached. From this point on 1% is added to the tax rate for every 10 per cent increase in the rate of increment until a tax of 30% is levied where the increment is more than 290 per cent. A further provision is made that the tax shall be reduced by 1% of its *amount* (not rate) for every complete year for which it is calculated. Translated into terms of the *rate* this would mean, for example, that where the increase is more than 290%, and where ten years or twenty years or thirty years had elapsed since a previous sale the tax rate is respectively 27%, 24% or 21% instead of 30% as originally provided.

Section fifty-eight covers the allocation of the tax. "Of the yield of the increment tax the Empire shall retain fifty per cent. An additional ten per cent, so far as State legislation does not otherwise provide, shall go to the federal states as compensation for the administration and collection of

the tax. Forty per cent shall go to the communes or communal unions in whose jurisdiction the land is situated." Moreover, with the permission of the state governments the communes may levy a supplemental tax in no case to exceed forty per cent of the imperial tax, and the imperial and supplemental taxes in no case to exceed thirty per cent of the increment.

The increment tax has been too recently adopted to expect it to have much importance for some time to come, but undoubtedly as time goes by it will become a more and more important feature in the German fiscal system.

Another nation which finds herself compelled to be constantly on the watch for new sources of revenue is Great Britain. Competing in the race for the most progressive naval and military equipment, she has also been compelled by the force of political circumstances to adopt a very comprehensive and very expensive program of social legislation. At the same time the taxpayers are clamoring for relief from the excessive burdens placed upon them by the increased interest charges growing out of the increase in the national debt due to the late Boer war. It was natural, therefore, that the government should lend an interested ear to the claims of the single taxers even if it was unwilling to adopt the entire platform of those reformers. After a severe political struggle in which the prestige of the House of Lords was sadly shattered, the government adopted the Finance Act of 1910, providing among other things for a new form of duties on land values.

Under the British Act three different duties on land values are levied, namely the increment value duty, the reversion duty and the undeveloped land duty.

Section one of the Act provides: "Subject to the provisions of this part of this Act, there shall be charged, levied and paid on the increment value of any land a duty, called increment value duty, at the rate of one pound for every complete five pounds of that value accruing after the thirtieth day of April, nineteen hundred and nine." This twenty per cent tax on "unearned increment" is due on the occasion of any transfer of the fee simple of the land or of any interest in the land, or of any grant or lease of the land for a longer term than fourteen years. Provision is also made for the periodical collection of the duty where the land is held by a corporation or by a body unincorporate. The "increment value" of any land is defined by the Act as "the amount (if any) by which the site value of the land, on the occasion on which increment value duty is to be collected as ascertained in accordance with this section, exceeds the original site value of the land as ascertained in accordance with the general provisions of this part of this Act as to valuation." Ample allowance is made in the valuation to exempt any improvements in the land from taxation. Special exemptions are made in the cases of agricultural lands, small houses and properties occupied by the owners, land used for games and recreation, crown lands, and lands upon which tenement houses are built.

The reversion duty mentioned above is a tax of ten per cent on the benefit to the lessor upon the expiration of a lease. Where both the twenty per cent tax on the benefit under the increment value duty and the ten per cent tax under the reversion duty apply to the same benefit only twenty per cent shall be collected. The undeveloped land duty is an annual tax of one-half penny in the pound (equal to about two mills on the dollar) on the value of land which has not been developed by the erection of dwelling houses or of buildings for the purpose of any business, trade or industry other than agriculture. This duty is not paid where the site value of the land does not exceed fifty pounds per acre.

Because the British level rate of 20 per cent on "unearned increment" is much higher than the average German rate is likely to be when all allowances and exemptions are made, the chances are that the revenue which it will provide will be much larger for the immediate future than can be expected under the German tax. However, in Britain as in Germany, there are so many conflicting estimates of the costs and difficulties of putting the system in operation and of the obstacles in the way of arriving at an acceptable valuation that it will be some time before an estimate can be made of the fiscal importance of this legislation. The difficulties will be greatest and the returns least in the early years of the experiment. FRANK O'HARA.

0

Objections to Woman Suffrage from a Woman's Standpoint.

In the last number of *Central Blatt and Social Justice* we reviewed the woman suffrage question from the viewpoint of a lawyer. In the present issue we shall discuss the same question from a woman's standpoint, taking as our basis the work of an authoress well known in the United States.*

The booklet, which the *New York Times* recommends to "those who are deeply prejudiced against suffrage and those who are honestly afraid of it," is so full of striking statements against the enfranchisement of women, that we would gladly quote long passages were space to permit. But as characteristic of her trenchant treatment of her theme we may cite a few sentences from the opening paragraphs. She is willing to admit that woman suffrage has unfortunately made headway, but "it must be remembered, however, that suffrage has not yet had, anywhere in the world, an actual test. It has not so far met the shock of foreign wars, of civil strife, of revolution. Until a nation with woman suffrage has passed through some immense and prolonged convulsion, like the American Civil War, or the French Commune in 1871, it cannot claim to have had any real test."

Miss Seawell is especially happy in demolishing certain much-used and much-abused slogans which the unthinking advocates of woman's political rights make the basis of their claims. Thus on page 23 she neatly disposes of the fallacy that voting "is a natural right" by quoting the words of Justice Isaac

*"The Ladies' Battle," by Molly Elliot Seawell, New York.

N. Sullivan, of the Supreme Court of Idaho—himself a pronounced suffragist—who says: "We recognize that to vote is a privilege and not an absolute right."

Then follow two *basic reasons* against woman suffrage in the United States, upon which the main argument of her book rests. These are: "First, no electorate has ever existed, or even can exist which cannot execute its own laws. Second, no voter has ever claimed, or even can claim, maintenance from another."

Now it is received as an axiom that "an electorate that cannot protect itself is not worth protecting, and the country is better off without it than with it." But women would be in this predicament of not being able to protect themselves in the exercise of their new rights. The trouble would begin at the ballot box. A dozen rioters could prevent a hundred women from casting a single ballot. The writer instances an event that occurred in London, April 2, 1911, when a gang of rowdies hindered a crowd of suffragists from entering a place they had hired for meeting. The police stood idly by. Supposing this had been a voting booth, says the author, the women would have been "dependent upon that moiety of men who might be willing to assist them."

But even granting that their ballots had been cast by the aid of men, women would be called upon to legislate upon a thousand matters of which they have no experience. "True," says Miss Seawell, "men now legislate for women. But there is no trade, profession, or handicraft, of which women have a monopoly, and in which no man has any experience." How could women, for instance, justly ask to legislate upon matters of war and peace, since they have no experience of military matters? Nor has she practical knowledge of navigation, mining and railways, and yet she might be called upon to legislate in such affairs. "Their legislation, therefore, would not probably be intelligent, and the laws they devised for the betterment of sailors, trainmen, miners, etc., might be highly objectionable to the very persons they sought to benefit. If obedience should be refused to these laws, who is to enforce them? The men? Is it likely they will? And if the effort should be made, what stupendous disorders would occur! The entire execution of the law would be in the hands of the men, backed up by an irresponsible electorate which could not lift a finger to apprehend or punish a criminal. And if all the danger and difficulty of executing the law lay upon men, what right have women to make this law?" This is a very noteworthy admission coming from a woman.

Again, in municipal affairs, the men might decide that fifteen hundred policemen would be necessary for adequate protection of a city. Women, not one of whom is called upon to risk her life in such duty, might judge that a thousand would be sufficient and these thousand men would be obliged to cope with emergencies which it would take fifteen hundred to meet. "And awful disasters might result."

The second basic reason against woman suffrage has already been touched upon in our review of

Mr. Lockwood's pamphlet. He opposes the suffragettes on the ground that their interests are already sufficiently protected in the present system. The author of *The Ladies' Battle* goes further and says: "The second basic principle is that no voter can claim maintenance from another voter. . . . The relation between voting and maintenance is close and essential, and admits of no modification. It is based upon the principle that no voter shall be compelled to maintain any person who has a vote which may be cast against his benefactor, thereby impairing or destroying the capacity of the benefactor to maintain the beneficiary. The proposition is entirely just and reasonable, and relentlessly logical." Again, "a wife's maintenance is her equivalent for a vote. But if she acquires a vote she must give up her right to maintenance, because there is a direct conflict between a vote and maintenance and also all her property privileges."

In suffrage states women have already begun to suffer from their newly acquired rights. For they have been deprived of enormous property privileges which women still enjoy where they are not equal to men in the matter of the ballot. In fact, it may be said in general, that the men have gained considerably in property privileges, while the women have lost correspondingly in states with woman suffrage. But this is not all. For in suffrage states a man may even divorce his wife for "non-support," as has actually happened in Utah, the Census for 1900 showing that six women were divorced by their husbands for non-support.

The writer, moreover, sees socialistic tendencies in the extension of suffrage to women. For suffragist leaders hold that the State would benefit by making even wives and mothers wage-earners. But it is precisely because the State needs the help of woman in another way, namely, in the family, upon which the State rests, that she has been "entrenched in privileges of all sorts." She is entitled to support from her husband and has a vested right in his earnings. And by the law of nature this is as it should be. For without such right how could she maintain herself and her children? But if the elective franchise be extended to her she is put upon the same basis as the voter and has no claims for maintenance upon anybody.

At this point the author answers the objection that none of the evil results of woman suffrage have been observed in suffrage states like Wyoming, Idaho, Utah and Colorado. She says: "It must never be forgotten, that conditions prevailing in primitive and sparsely settled communities (like these states) are unlike those in densely populated and highly civilized states, with laws and customs dating back to the beginning of the seventeenth century. The divided responsibility for children (that is, the duty of caring for the offspring which would be divided between father and mother in case suffrage were extended to women) would work more difficulty in Philadelphia, than in Wyoming or Utah. The question of divided responsibility for the maintenance of children is practically incapable of adjustment upon a large scale; that is to say, the litigation which would result would swamp ten

times as many courts as exist in the United States to-day."

Miss Seawell also agrees with Mr. Lockwood when he says that suffrage would interfere with the duties of wife and mother. For, she writes: "The law does not allow her to be burdened with a ballot which would drive her out of the fortress which legislation and custom have built around her." She rightly thinks that the withholding of the ballot is, in itself, a protective measure for the wife and mother.

In a convincing way does the writer explain and also show up the many fallacies so often read into the principle wildly proclaimed by the suffragettes—"Taxation without representation is tyranny." To these unreasonable clamors she opposes the example of Queen Victoria, who was profoundly versed in government, but never made the blunder to suppose that voting must go with tax-paying. But she "was an open and vigorous opponent of woman suffrage, knowing what voting meant."

Space allows us only to refer briefly to the five cardinal principles of woman suffrage, which in Miss Seawell's argumentation "are in *direct conflict with five cardinal principles of the government of the United States*.* This means that if woman suffrage should prevail, it would be necessary to change the present form of government."

The first is, the suffragette fallacy that voting is a moral right. The Supreme Court of the United States has rightly and wisely decided that it is a privilege, not a moral right. But to change a decision of the Supreme Court you must first change our Constitution.

Second, women with right to vote, but at the same time exempted from military and naval duty, would inevitably become a privileged class, whereas, according to our present form of government, there can be no privileged class among voters.

"Third, the suffrage claim, that the United States could live under an electorate of which less than half could enforce its laws, would necessitate a large standing army, as in those countries where the electorate is not strong enough to enforce the laws."

Fourth, the government of the United States being based upon the rule of the majority, and not on the consent of the governed, the suffragists, by their own showing, have less than three per cent of the women agreeing with them. Hence, when women cast a ballot, our government must be changed in order to admit that the Supreme Court can be overruled that a privileged voting class may exist, that a standing army can be maintained and that the rule of the minority can be followed.

Fifth, the drift of woman suffrage is to Socialism, the State doing everything possible for the individual. Whereas, the republican theory of government is, the State should do what is absolutely necessary for the individual, and the individual must do everything possible for himself.

We shall conclude this review with the opinion of one of the leading anthropologists (H. Ploss) of the world on woman's sphere in civilized life.

*Italics mine.—A. M.

"A putting of the two sexes upon the same plane cannot be thought of and recommends itself neither on intellectual nor on physical grounds. For all those differences must remain which are founded in the physical organization and purpose of the two sexes. *A full emancipation would lead to the dissolution of the family and to the public education of children,** a condition which can be found only in the lowest stages of human culture." This is a sound opinion, it is in harmony with Catholic teaching, is borne out by common sense and is based on the experience of centuries. A. M.

Warder's Review

The Darker Side of "Freizügigkeit."

The guilds insisted that an apprentice, after he had once chosen his profession, absolve his apprenticeship. This may have been a hardship in some cases, but it prevented what modern child-labor is so conducive of: That shifting from one occupation to another without compulsion to master any one. Prof. Scott Nearing, in speaking of the causes of child labor in his book, *The Solution of the Child Labor Problem*, points to this fact, saying:

Investigations have shown that when the child does get tired of one job and quits, he simply goes to some other form of labor. From this arises one of the worst abuses of child labor, the rapid change from one industry to another, and the consequent failure to become proficient along any line. Thus, in addition to the evil effects of the work and lack of schooling, the child early acquires the "moving-on" habit, which grows up with the consequent changing of jobs, and, if fully developed, results inevitably in the professional "tramp," who is always "moving on."

This is explained, in part at least more than one passage of Mrs. Van Vorst's book, *The Cry of the Children*. As, for instance, when she writes of Columbus, Georgia:

"Here, as everywhere in the Southern mills, there is a migratory population. At one factory, in order to keep a regular average of 1,800 hands, they are obliged to register as many as 5,000 employees in a year."

Consider the effects of such conditions on the family. Said a diminutive mill-worker to Mrs. Van Vorst: "Yes, ma'am. I've got a father 't's always movin' around." That is the darker side of that liberty Germans call "Freizügigkeit."

Against Wastefulness.

In his contribution to the *New York Evening Post* of July 29, of the present year, on "Prices and Wages," J. Howard Cowperthwait contends that the only remedies for the unsatisfactory cost of living appear to lie in education. "The American farmer," he continues, "is now being taught his own business, and when he has learned how to produce as much per acre as the European farmer produces, a great increase in the production of food will have taken place, and there may come a lowering of the price."

"On the other hand," thus runs Mr. Cowperthwait's contention, "education may slowly correct the proverbial wastefulness of the American people. If those who can afford to waste food could be

made to appreciate their own unfairness to those who have trouble in getting enough to eat, some thing might be done toward inculcating a more reasonable sentiment in American communities. Statistics show that in recent years the consumption of food per capita is 10 or 20 per cent greater in America than was formerly the case. As a people we are always wasteful, but in good times are extremely wasteful. There is plenty of scientific opinion that we eat too much. In due time I believe that we shall learn how to produce more and how to consume less, and that then the cost of living will be more satisfactory."

Let us hope that it shall be more satisfactory. But, although we too believe that education may accomplish something in checking the tendency of rising prices, we do not consider a return of low prices probable. The increase in population and the tendency towards luxury will certainly offset the beneficent effect of the efforts Mr. Cowperthwait speaks of.

Protecting Mother and Child.

Among the labor laws recently enacted in the State of New York there appears a measure for the protection of the health of working women which prohibits the employment in factories, mercantile establishments and workshops of any female within four weeks after childbirth. The amendment reads as follows:

Employment of females after childbirth prohibited. It shall be unlawful for the owner, proprietor, manager, foreman or other person in authority of any factory, mercantile establishment, mill or workshop to knowingly employ a female or permit a female to be employed therein within four weeks after she has given birth to a child.

This act shall take effect immediately.

Massachusetts, which enacted a similar prohibition in 1911, is the only other State which has such a law. The Massachusetts statute also prohibits work for a fixed period before childbirth as do the leading industrial nations of Europe, except England, whose statute is similar to that of New York.

"It would be difficult, indeed, to overrate the importance of keeping a hold on the young after they have left school. Their entire future, perhaps their salvation, will depend on the impressions made at this time. The man and the woman can be made when a child, but can never be remade at a later period."—Cardinal Vaughan.

A course in penal studies was recently instituted by the University of Montpellier, France. Physicians, publicists, lawyers, police and court officials were among those who enrolled for the course. American educators hope that the interest in criminology will lead to something similar in this country.

At Woodbrooke, England, there is a school for social service, where men and women from all parts of the world study various kinds of social work. The institution is affiliated with Birmingham University.

*Italics mine.—A. M.

Central - Vereins - Angelegenheiten.

Beamten des D. R. R. Central-Vereins:

Präsident, Joseph Frey, 71 E. Washington Sq., New York, N. Y.
 erster Vize-Präsident, F. W. Immelt, Pittsburg, Pa.
 zweiter Vize-Präsident, M. F. Gärten, Chicago, Ill.
 Generalsekretär, Franz Dackendorff, La Crosse, Wis.
 Schriftf. und Finanz-Sekretär, John D. Zuenemann, 530 Globe Bldg., St. Paul, Minn.
 Schatzmeister, August Muehling, Cobington, Neb.
 Kulturb.-Komitee: Rev. F. J. Brune, Alton, Ia.; Rev. Joseph Kuefing, West Point, Neb.; Peter Bourcheidt, Peoria, Ill., und J. B. Faulhaber, Cleveland, O.
 Ehren-Präsidenten: Adolph Weber, Racine, Wis., Nicolaus Gonner, Dubuque, Ia., und J. B. Dellers, Newark, N. J.
 Alle den Central-Verein direkt angehenden Zuschriften oder Geldungen sind zu richten an den Korrespondierenden und Finanz-Sekretär
 John D. Zuenemann,
 530 Globe Bldg., St. Paul, Minn.

Der Staatsverband von Minnesota hat seine diesjährige General-Versammlung vom 18. bis 25. September zu Mankato, Minn., abgehalten.

Mgr. Friedrich W. Linneborn, Bischof von Dacca in Indien, Ehrenmitglied des Central-Vereins, wird an der diesjährigen General-Versammlung in Toledo theilnehmen.

Laut telegraphischer Nachricht hat der Erzbischof J. M. Roudeka von Milwaukee den Katholiken Deutschlands auf ihrem vom 11. bis 15. August zu Aachen abgehaltenen Katholikentage die Grüße und Glückwünsche des D. R.-R. Central-Vereins übermittelt.

In Regina, Sask., wurde vom 30. Juli bis 1. August die General-Versammlung des Volksvereins von Kanada abgehalten. Laut Bericht des Sekretärs betrug die Zahl der Ortsgruppen im verflossenen Vereinsjahr um 23 vermehrt, so daß der Verein jetzt eine Mitgliederzahl von 1429 erreicht.

Die heutige General-Versammlung des Staatsverbandes Michigan wird am 1. und 2. September in Detroit, Mich., abgehalten werden. Die Festrede wird Hochw. Wm. Engelen, S. J., vom St. Johns College in Toledo, Ohio, halten über das Thema, „Der Central-Verein und seine sozialen Bestrebungen.“

Ein Hochw. Theilnehmer am Studienkursus in Springfield, Wis., spricht sich in seinem Berichte an „Katholische Wochenblatt“ (21. August) über die sozialen Studienkurse der C.-St. u. a. wie folgt, aus: „Die leitenden Geistern des Central-Vereins kann es nicht hoch genug angerechnet werden, daß sie den Anstoß gemacht haben auf katholischer Seite für soziale Belehrung und Aufklärung. Da fehlt es noch gar sehr. . . . Durch die Bemühungen des Central-Vereins sind also schon manches gethan und angeregt worden, wodurch ein besseres Verständnis und eine regere Thätigkeit von Seiten der Katholiken auf sozialem Gebiet gebahnt wurde. Zu den besten Einrichtungen aber gehören die Studienkurse des Central-Vereins.“

Durch die Bemühungen von Dr. Goelper, Organisator vom Staatsverband Pennsylvania, ist nun auch in Pittsburg, Pa., ein deutscher katholischer Frauenbund gegründet worden, der sich u. a. die Bahnstationsmission zur Aufgabe gemacht hat. Weiterhin wurde in Pittsburg, Pa., kürzlich eine Versammlung, bei der sämtliche Pfarrgruppen des Volksvereins Pennsylvania durch Vertrauensmänner und Geistliche vertreten waren, abgehalten. Auf dieser Versammlung sprach sich Generalvikar Mgr. Joseph Suehr, Protektor des Zweiges, sehr empfehlend über das Central-Blatt & Social Justice aus. Ferner wurde auch die erste Gruppe des Pennsylvania-Volksvereins auf dem Lande am 11. August in Pine Creek, Allegheny County, gegründet. Nachträglich ist auch noch zu erwähnen, daß der Allegheny County-Zweig des Staatsverbandes von Pennsylvania ein Stipendium zum Besuche des sozialen Studentenkurses zu Fordham, N. Y., gestiftet hat.

Der neue Distriktsverband von Fort Wayne, Ind. hielt am 25. August seine konstituierende Versammlung ab, zu der auch der Präsident des Staatsverbandes von Indiana, Herr Henry Seyfried, erschienen war. Der Verband, der den Namen „St. Johannes Distrikts-Verband“ führen wird, umfaßt folgende Vereine: den St. Martinus Unterstützungs-Verein und St. Stephanus Jünglings-Verein der St. Peters-Gemeinde; den St. Karl Borromäus-Verein und St. Moysius Jünglings-Verein der St. Marien-Gemeinde; den St. Antonius Jünglings-Verein der St. Pauls-Gemeinde und den St. Moysius Jünglings-Verein der St. Andreas-Gemeinde. Zu Beamten wurden erwählt: Geistliche Direktoren, Hochw. Mgr. John H. Dächtering, B. G., Hochw. Charles Thiele, Hochw. H. F. Knoll und Hochw. Geo. Horfmann; Präsident, Adam M. Reinhart; Vice-Präsident, Joseph Schaefer; Sekretär, Charles Schelhammer; Schatzmeister, Frank Bangert.

“Catholic Young Men's Central-Verein?”

Der Verband deutscher kath. Jünglings-Vereine (D. R. R. J. C. V.) in Cleveland, Ohio, strebt in seinem offiziellen Organ „The Bulletin“, 9. August, die Gründung eines Central-Verbandes aller deutschen kathol. Jünglings-Vereine an. Nach einer ausführlichen Schilderung der Bestrebungen zu Gunsten des deutschen kath. Jünglings ist in dem „What is being done for Catholic Boys“ überschriebenen Artikel zu lesen:

“But, even though we have achieved much, we still lack one thing—a unification of our forces and work. The great Central-Verein has done phenomenal work during the last few years for the social, economic and religious reform of the German masses. . . . Now, what will the great Central-Verein do for the sons of these German fathers? . . . The Catholic Young Men's Central Verein! It sounds good, doesn't it? Let's have it, with English as the official language and an annual convention in the same place and at the same time as the meeting of our German fathers. There is a Catholic Young Men's National Union in this country, with headquarters in the East. But this Union caters especially to boys of English and Irish descent. Besides, these United States are large enough for several such young men's unions. Let's have a union of German-American Catholic boys, offering social, educational, athletic and religious inducements!”

Fest-Programm für die 57. General-Versammlung

des

Deutschen Römisch-Katholischen Central-Vereins

abgehalten in

Toledo, Ohio, am 15. 16. 17. und 18. September 1912.

Mit Ausnahme der allgemeinen Katholiken = Versammlung am Sonntag nachmittag, finden alle Geschäftsversammlungen in der Memorial = Halle statt.

Samstag, den 14. September 1912.

Sitzung des Exekutiv-Komitees im Hauptquartier, dem Boody House.

Während des Tages: Empfang der Delegaten an allen Bahnhöfen. Abzeichen werden bei der Ankunft im Hauptquartier verteilt.

Nachmittags: Empfang Sr. Excellenz Msgr. Johann Bonzano, D. D., päpstlicher Delegat, am Union-Bahnhof durch eine Eskorte und Begleitung zur Kathedrale.

Sonntag, den 15. September.

Morgens 8 Uhr: Versammlung der Delegaten in der Memorial-Halle. Begrüßung durch den Festpräsidenten Peter J. Mettler und den Bürgermeister Brand Whitlock von Toledo. Ueberreichung der Bundesfahne, und andere Geschäfte. (Die Delegaten sind gebeten, bei dieser Versammlung prompt zu erscheinen, weil das Pontificalamt um 9 Uhr beginnt.)

9 Uhr: Parade von der Memorial-Halle zur St. Marien-Kirche und Empfang des hochw. päpstlichen Delegaten. Festpredigt gehalten vom hochw. Erzbischof Sebastian Gerhard Mezmer von Milwaukee, Wis.

Nachmittags 1 Uhr: Große Festparade aller Gemeinden und Vereine der Diözese Toledo.

3 Uhr: Große Katholiken = Versammlung in der Exposition = Halle (alte Terminal-Station).

1. Eröffnung und Begrüßung der Versammlung durch den Festpräsidenten Peter J. Mettler.

2. Deutsche Festrede des Herrn Georg Stelzle von Minneapolis, Minn.: „Unsere heutigen Aufgaben.“

3. Englische Festrede des Hon. George Roesch von New York: „Catholic Citizenship.“

4. Ansprache des hochw. Bischofs Joseph Schrembs, D. D., von Toledo.

5. Ansprache und Ertheilung des päpstlichen Segens durch den Apostolischen Delegaten, Sr. Excellenz hochw. Msgr. Johann Bonzano, D. D.

6. „Te Deum.“

In den Zwischenpausen werden von den vereinigten Sängern passende Chöre vorgetragen werden unter Leitung von Prof. Bittel, Organist der St. Marien-Kirche.

Montag, den 16. September.

Morgens 8:30 Uhr: Hochamt in der Hl. Herz Jesu Kirche, East Toledo. Straßenbahnwagen vom Boody House um 8 Uhr.

9:30 Uhr: Erste Geschäftsversammlung.

2 Uhr Nachmittags: Geschäftsversammlung mit Referat. Rev. F. S. Betten, S. J.: „Die Bonifatiusfeier.“

8:30 Uhr abends: Sitzung der verschiedenen Komiteen.

8 Uhr abends: Frauen- und Mädchen-Versammlung in der Memorial Halle. Referent: hochw. Erzbischof Mezmer.

8 Uhr abends: Jünglings-Versammlung. Referent: Rev. A. Sadert, S. J.

Dienstag, den 17. September.

8:30 Uhr: Dankgottesamt in der St. Peters-Kirche.

9:30 Uhr: Geschäftsversammlung mit Referat. Rev. Jos. Ruefing: „Caritas und Sozialpolitik.“

2 Uhr nachmittags: Geschäftsversammlung mit Referat. Präsident Jos. Frey: „Organisation.“

8 Uhr abends: Bericht über Central-Stelle: F. B. Kessel, Leiter der Central-Stelle. Lichtbilder-Vortrag über W. Gladbach. — In den Zwischenpausen werden von den vereinigten Sängern passende Chöre vorgetragen werden.

Mittwoch, den 18. September.

8:30 Uhr morgens: Feierliches Requiem in der St. Marien-Kirche.

9:30 Uhr: Geschäftsversammlung mit Referat. Rev. Mayer: „Arbeiter-Vereine.“

2 Uhr nachmittags: Geschäftsversammlung.

Nach Schluß der Geschäftsversammlung Sitzung der Exekutiv im Boody House.

Nähere Einzelheiten werden später bekannt gemacht werden.

Peter J. Mettler, Festpräsident.

John Spohn, Festsekretär.

— 0 —

Bezüglich der Ermäßigung der Eisenbahnraten anlässlich der 57. General-Versammlung des Central-Vereins in Toledo, Ohio, lief vom Präsidenten des Festausschusses, Herrn P. J. Mettler, folgende Nachricht ein:

“Railroad-rates are as yet unsettled as the different transportation or traffic unions did not give us satisfaction. Those, however, who contemplate coming here may be able to make arrangements with their respective local R. R. agents.”

— 0 —

Einquartierungs-Vorbereitungen für die 57. Generalversammlung des D. R.-K. Central-Vereins.

Toledo, Ohio, vom 15. bis 18. September.

Das Hotel-Komitee der 57. General-Versammlung des Central-Vereins gibt folgende Liste von Toledo Hotels und deren während der Konvention in Betracht kommenden Raten bekannt:

Boody House, Hauptquartier, St. Clair Str. und Madison Avenue.

Cherry-Car vom Union = Bahnhof. Zimmer, europäischer Plan: \$1.00 — \$3.00 pro Tag; amerikanischer Plan: \$2.00 — \$5.00 pro Tag.

Hotel Secor, Jefferson Ave. und Superior Str.

Cherry-Car vom Union = Bahnhof. Nur europäischer Plan: Zimmer ohne Bad: für eine Person \$1.50 — \$3.50 für zwei Personen \$2.50 — \$4.00. Zimmer mit Bad: für eine Person \$2.00 — \$4.00; für zwei Personen \$3.50 — \$5.50.

Hotel Toledo, Jefferson Ave. und Superior Str.

Cherry-Car vom Union = Bahnhof. Nur europäischer Plan: Zimmer pro Tag \$1.00 ohne Bad; \$1.50 mit Bad.

Hotel St. Clair, Monroe und St. Clair Str.

Cherry-Car vom Union = Bahnhof. Europäischer Plan: Zimmer: ohne Bad \$0.75 — \$1.00 pro Tag; mit Bad \$1.00 — \$2.00 pro Tag.

Hotel Wayne, Jackson und St. Clair Str.

Cherry-Car vom Union = Bahnhof. Zimmer ohne Bad für eine Person \$1.00 pro Tag; für zwei Personen \$2.00 pro Tag. Zimmer mit Bad: für eine Person \$1.50 pro Tag für zwei Personen \$3.00 pro Tag.

Hotel Niagara, 304—310 Summit Str.

Dat- oder Cherry-Car vom Union = Bahnhof. Europäischer Plan. Zimmer für eine Person 50c und 75c. Zimmer mit Bad für eine Person \$1.25 pro Tag. Zimmer für zwei Personen \$1.00 — \$1.50 pro Tag.

Central Hotel, Cherry Str. und Woodruff Ave.

Cherry-Car vom Union = Bahnhof. Europäischer Plan: Zimmer für eine Person \$1.00; für zwei Personen \$1.50 pro Tag. Mahlzeiten, 25 Cents.

Hotel Widell, Madison Ave., zwischen Superior und St. Clair Str.

Cherry-Car vom Union = Bahnhof. Europäischer Plan: Zimmer für eine Person \$1.00, \$1.50 und \$2.00. Abschließt Benutzung des Schwimmbassins sowie von Bad u.

Hotel Jefferson, St. Clair Str. und Jefferson Ave.

Therry-Car vom Union = Bahnhof. Nur amerikanischer
m. \$2.00 — \$3.00 pro Tag.

**Merchants Hotel, St. Clair Str., zwischen Monroe und
Washington Str.**

Therry-Car vom Union = Bahnhof. Europäischer Plan.
Zimmer ohne Bad: für eine Person \$1.00; für zwei Per-
sonen \$1.50. Zimmer mit Bad: für eine Person \$1.50; für
zwei Personen \$2.50 pro Tag.

Park Hotel, Knapp und Wade Str.

Einzelnen Block vom Union = Bahnhof. Europäischer Plan.
Zimmer ohne Bad: für eine Person \$1.00; für zwei Per-
sonen \$1.50. Zimmer mit Bad: für eine Person \$1.50; für
zwei Personen \$2.00 pro Tag.

Hotel Meyerhofer, Broadway und Knapp Str.

Zwei Blocks vom Union = Bahnhof. Europäischer Plan.
Zimmer ohne Bad: für eine Person \$1.00; für zwei Per-
sonen \$1.50. Zimmer mit Bad: für eine Person \$1.50; für
zwei Personen \$2.50 pro Tag.

V e m e r k u n g.

Um irgendwelchen Mißverständnissen und einer
Verwirrung vorzubeugen, ersucht das Hotel-Komitee
jeden Besucher der Konvention, direkt bei der
Hotel-Verwaltung sich ein Zimmer einige Tage vor
Beginn der General-Versammlung unter Nennung
sich selbst zu reservieren.

Hochachtungsvoll,

Geo. J. Fischer, Vorsitzter
Hotel-Komitee.

Peter J. Mettler, Präsident.
John Spohn, Sekretär.

— 0 —

Empfang des Päpstlichen Delegaten in Toledo.

Anläßlich der Theilnahme des Päpstlichen Delega-
ten Sr. Excellenz Mgr. John Bonzano, D. D., an der
General-Versammlung des D. N.-A. Central-Ver-
bandes wurde an die Geistlichkeit und die Vereine der
Diözese Toledo ein Aufruf gerichtet, der zu einer recht
starken Bethheiligung an den Empfang des Päpstlichen
Delegaten auffordert. Die Vereine aller Nationalität
werden ersucht, an der allgemeinen Katholiken-Ver-
sammlung am Sonntag, den 15. September, und an
ihr vorausgehenden großen Parade sich zu betheili-
gen und so eine große katholische Demonstration zu
veranstalten.

— 0 —

General - Versammlung des D. N.-A. Staatsver- bandes von Arkansas.

In St. Vincent, Ark., trat am 30. Juli unter re-
chtlicher Bethheiligung der hochw. Geistlichkeit der Staats-
verband von Arkansas zu seiner 23. General-Versamm-
lung zusammen. In seiner Jahresbotschaft hob Herr
Berger, der Präsident des Staatsverbandes, hervor,
daß die C.-St. des C.-B. sich als nothwendig und wirk-
sam erwiesen habe, indem von ihr aus Schriften ver-
breitet wurden, welche die Falschheit der sozialistischen
Theorien klar bewiesen und viel zur Aufklärung der Ka-
tholiken auf sozialem Gebiete beitrugen. In Anerkennung
dieser Leistungen und zur Unterstützung der wei-
teren Wirksamkeit der C.-St. wurde der C.-St. von
der Versammlung aus der Verbandskasse die Summe

von \$50 zugewiesen. Von den Vertrauensmännern
wurde den Delegaten ans Herz gelegt, darauf hinzu-
wirken, daß jeder Lokalverein, der noch keinen Ver-
trauensmann habe, solchen baldmöglichst erwähle. Auch
das C.-B. & C. J. wurde warm empfohlen.

In der Abendversammlung des ersten Tages er-
örterte hochw. Pater Plazidus in einem interessanten
Vortrag den Wegebau und zeigte, wie auch hier die
Wirksamkeit des Staatsverbandes von Nutzen sein
kann. Bei Erörterung der Schulfrage wurde beson-
ders die Anstellung von kath. männlichen Lehrkräften
für die höheren Knabenklassen betont. Unter den Re-
solutionen finden wir den Beschluß, eine Sterbekasse
zu gründen, die aber vom Staatsverbande unabhängig
geführt werden soll. „Die Verhandlungen (der Tag-
ung) zeigten, berichtet das Arkansas Echo, „daß die
Herren Delegaten ihre Aufgabe ernst erfaßten und von
treu kath. Geiste durchdrungen waren. Bei aller Sym-
pathie für den deutschen Bund von Arkansas, wurde
doch sehr bedauert, daß der Versuch gemacht werden
sollte, daß sich derselbe dem Deutschen National-Bund
anschlöße, da die streng kath. Weltanschauung des
Staatsverbandes sich mit der Weltanschauung des D.
N.-A. nicht verträgt.“

Als Beamten für das kommende Geschäftsjahr
wurden gewählt: Geistlicher Direktor, hochw. P. Pius;
Präsident, J. W. Oberste; Sekretär, S. J. Burkhard;
Schatzmeister, Kaspar Dum.

— 0 —

11. Jahreskonvention der Am. Fed. of Cath. Societies.

In Louisville, Ky., fand vom 18.—21. August
die 11. Nationalkonvention der American Federation
of Catholic Societies statt. Sr. Excellenz Mgr. Jo-
hann Bonzano D. D. und zahlreiche hohe Würdenträ-
ger waren zugegen und zahlreiche Delegaten aus allen
Theilen der Ver. Staaten und den Inselbesitzungen
waren erschienen. Der D. N.-A. Central-Verein war
durch seinen Präsidenten Herrn Jos. Frey, früheren
Präsidenten Herrn Rich. Gonner, den Leiter der
C.-St., Herrn J. P. Kenkel u. a. m. vertreten. Bei der
Massenversammlung hielt der hochw. Erzbischof
Meffner von Milwaukee die Hauptrede über „Die
Prinzipien der Föderation“. In der sozialen Ver-
sammlung wurden Vorträge über organisierte und un-
organisierte Arbeit sowie über soziale Gesetzgebung
gehalten. Weiterhin wurde die Organisation einer
National-Liga kathol. Frauen in Angriff genommen.
Für die allgemeinen Bestrebungen der Föderation wur-
den \$10,000 gezeichnet, wozu auch der Central-Verein
\$100 beiträgt. Für die Weiterführung der sozialen
Arbeit wurden dem „Social Service Committee“ \$50
monatlich zugewiesen.

Die Beamtenwahl hatte folgendes Ergebnis: Prä-
sident, Chas. J. Denehaud, New Orleans, La.; Sekre-
tär, M. Matre, St. Louis, Mo.; Schatzmeister, J. W.
Gedenkamp, Quincy, Ill.; Marschall, J. West, Kan-
sas City; Jahrenträger, Chief Hollow Horn Bear, Pine
Ridge, S. D.; Vize-Präsidenten: Thomas J. Flynn,
Chicago; John A. Goller, Shakopee, Minn.; Joseph
Frey, New York City; J. J. Synes, Buffalo, N. Y.;
James J. Reagan, St. Paul, und Dr. P. Gans,
Louisville, Ky. Als Ort der nächstjährigen Konven-
tion wurde Milwaukee erwählt.

— 0 —

Mittheilungen aus der Central-Stelle.

Komitee für Soziale Propaganda:

Rev. Rev. G. W. Geer, Prot. Ap., Dubuque, Ia.

Nic. Gonner, Dubuque, Ia.

Joseph Greh, New York.

Rev. Rev. Joseph Szwengierath, Columbus, O.

Rev. Theo. Hammeke, Philadelphia, Pa.

Rev. Fred. Siedenburger, S. J., Chicago, Ill.

Joseph Watt, St. Paul, Minn.

F. P. Kuntel, St. Louis, Mo., Leiter der C.-St.

Geschäftsführer der Central-Stelle, H. B. Offenbacher.

Die Geschäftsstelle der Centrale befindet sich zu St. Louis und alle Anfragen, Briefe, Geldsendungen u. s. w., für die Central-Stelle oder das Central-Blatt & Social Justice richtet man daher an

Central-Stelle des Central-Vereins,

18 E. Sixth St., St. Louis, Mo.

Eine billige Ausgabe des Ryan'schen Werkes: „A Living Wage“ ist erschienen, das postfrei nach Empfang von 60c abgegeben wird.

Der Lokalverband von Brooklyn, N. Y., wird im Laufe des Winters einen Kursus von 6 Vorträgen über Arbeitervereine und Arbeiterschutzgesetzgebung abhalten. Außerdem sind für die arbeitenden Mädchen drei Vorträge in englischer Sprache in Aussicht genommen, und gleichfalls drei Vorträge für die verheiratheten Frauen; letztere in deutscher Sprache.

Gegen die Single-Tax, die von der Equitable Taxation League für Missouri befürwortet wird, wendet sich nun auch die St. Louiser Grundeigentums-Börse durch Schaffung eines Kampagnenfonds zur Bekämpfung des im Herbst zur Abstimmung gelangenden Amendements. In Kansas City hat sich bereits eine „Anti Single Tax Association“ organisiert.

Ein hochw. Herr, der zu den in den drei letzten Jahren abgehaltenen sozialen Studienkursen der C.-St. jeweils einen jungen Mann als Stipendiaten entsandte, schreibt uns: „Vor wenigen Tagen kehrte der von mir nach Spring Bank zum sozialen Kursus geschickte junge Mann zurück und erklärte, daß er die daselbst verlebten Stunden und Tage zu den schönsten und erfolgreichsten seines Lebens zähle.“

Der Studiengirkel des Lokalverbandes Brooklyn kann mit voller Befriedigung auf das zweite Jahr seiner Thätigkeit zurückblicken. (Im letzten Jahrgang des C.-B. & S. J. widmeten wir dem Zirkel eine längere Besprechung seines empfehlenswerthen Lehrplanes und Arbeitsmethoden). Die jährliche Schlußfeier des Studiengirkels, zu der sämtliche Mitglieder unter Führung ihres bewährten Direktors, Herrn N. Diez, sich eingefunden hatten, wurde unlängst im Freien abgehalten. Ein äußerst gediegenes und reichhaltiges Programm kam zur Ausführung.

Exempla trahunt.

Unterstützung von Seiten mehrerer Staatsverbände.

Ein hoffnungsvolles Zeichen ist die Thatsache, daß mehrere Staatsverbände, die Nothwendigkeit und Wichtigkeit der Central-Stelle mehr und mehr anerkennend, ihr größere thätige Unterstützung angedeihen lassen, denn nicht bloße Worte, sondern Thaten helfen

bei den sich täglich mehrenden Aufgaben und Ansprüchen, die an die C.-St. gestellt werden. Es darf wohl angenommen werden, daß diese größere Opferwilligkeit aus dem besseren Verständnis für die Bestrebungen der C.-St. entspringt, aus der Ueberzeugung, gewonnen durch Studium, Beobachtung und Lektüre der C.-B. & S. J. und der Schriften der C.-St., daß die C.-St. mit den wenigen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln schon Beträchtliches geleistet, und daß zu Weiterführen und Ausbauen dieser Arbeiten mehr Kräfte, bessere Einrichtungen eine Voraussetzung sind, die aber wiederum durch größere finanzielle Mittel bedingt sind. Eben, um nur ein Beispiel anzuführen, findet die C.-St. es opportun, einen jungen Mann, der gute Vorbildung besitzt, als stetigen Mitarbeiter heranzuziehen.

Der Staatsverband von Minnesota, der bereits in den Vorjahren durch freiwillige Beiträge seiner Vereine der C.-St. bedeutende Unterstützung zuwandte, geht auch in diesem Jahre wiederum mit gutem Beispiele voran durch Zusendung von \$889.55. (Liste nachstehend, vom Sekretär Hrn. Wilhelm Gibner übermittelt.) Dem in den Vorjahren von diesem Verbands geleisteten Beispiele ist auch der Kath. Union von Missouri gefolgt, der auf ihrer letzten General-Versammlung beschloß, freiwillige Extrabeiträge zu Gunsten der C.-St. zu erheben und diese dann derselben durch ihren Sekretär Herrn Jos. B. Schuermann, übermitteln zu lassen. Obgleich diese Sammlung erst begonnen hat, zählen die eingelaufenen Beträge, laut nachstehender Tabelle doch schon an \$100.00. Weitere Anerkennung der Bethätigung der C.-St. wurde auch vom Staatsverband von Arkansas gezollt, der am seiner in den letzten Tagen des Juli abgehaltenen General-Versammlung der C.-St. auf Beschluß aus der Verbandskasse den Betrag von \$5 zuwandte. Auch von Texas floß eine beachtenswerthe Unterstützung ein. Es wurden nämlich auf der diesjährigen General-Versammlung des dortigen Staatsverbandes zu Moulton, Tex., 53 neue Abonnenten für das Central-Blatt & Social Justice gewonnen. Und einer der Beschlüsse jener Tagung empfiehlt, „daß die verschiedenen Vereine jedes Jahr einen Beitrag zur Unterhaltung der Central-Stelle beisteuern sollen.“

Beiträge für die Central-Stelle.

Minnesota.

Ort.	Verein.	Summe
Albany	St. Joseph	\$19.11
Arlington	St. Joseph	4.00
Belvidere	St. Donatus	9.00
Bird Island	St. Joseph	5.00
Bluffton	St. Johannes	4.00
Buchanan	St. Michael	7.00
Chaska	St. Peter	12.00
Clara City	St. Antonius	4.00
Collegeville	St. Benedictus	3.00
Cologne	St. Bernard	24.00
Compreh	St. Paulus	3.00
Crystal Lake	St. Jacobus	5.00
Dumont	St. Peter	6.00
Eden Valley	St. Joseph	12.00
Fairfax	St. Joseph	13.00
Fairbault	St. Laurentius	5.00
Farming	St. Joseph	6.00
Freeport	Herr Jesu	5.00

Ort.	Verein.	Summe.
Encoe	St. Joseph	23.10
Belberg	St. Peter und Paul	2.70
Chichey	St. Martin	2.25
Wentworth	St. Joseph	2.45
Sueur	St. Joseph	7.05
Sueur Center	St. Johannes	7.20
retto	St. Peter und Paul	5.85
emburg	St. Wendelinus	2.75
idison	St. Michael	10.65
idison Lake	St. Joseph	3.45
infato	St. Peter und Paul	36.30
iple Lake	St. Joseph	3.00
belia	St. Joseph	1.75
ire Grobe	St. Johannes	2.00
lrose	St. Bernard	4.35
neapolis	St. Bonifatius	25.65
neapolis	St. Joseph	70.00
organ	St. Michael	7.95
ov Ullm	St. Joseph	66.45
tham	St. Heinrich	14.25
o Wing	St. Joseph	7.50
hfield	St. Wendelinus	13.35
cheiter	St. Joseph	1.60
gers	St. Joseph	7.65
Bonifatius	St. Bonifatius	18.00
James	St. Jacobus	2.55
Joseph	St. Joseph	5.00
Martin	St. Moysius	15.15
Martin	St. Joseph	15.90
Nicholas	St. Nicholas	14.85
Paul	St. Clemens	56.40
Paul	St. Franz von Sales	30.15
Paul	St. Peter	34.20
Peter	St. Peter	9.45
Rosa	St. Joseph	.65
auf Centre	St. Joseph	5.00
Charles	St. Johannes	6.30
Joseph Ebe	St. Johannes	29.25
ewart	St. Bonifatius	.80
Alwater	St. Joseph	21.75
an Lake	St. Peter	7.35
million	St. Johannes	10.50
abasha	St. Joseph	25.00
aconia	St. Antonius	4.20
atkins	St. Antonius	10.20
hazata	St. Pius	9.75
est Newton	St. Joseph	19.80
lmont	St. Kilian	.50
mona	St. Joseph	36.45
mfied	St. Moysius	17.00

Gesamtbetrag 1912 bis dato eingelaufen... \$889.55

Missouri.

(Vorläufige Liste.)

pe Girardeau	St. Joseph Schul-Ver.	\$ 2.25
nsas City	St. Franziskus Unt.	6.40
nsas City	St. Joseph Unt.	25.00
nsas City	St. Vitus Kr. Unt.	10.00
Clements	St. Joseph Bau.	2.45
Joseph	St. Joseph Unt.	10.00
Louis	Gesamt-Verb. Arbeiterwohl.	10.00
Louis	Hl. Geist Unt.	5.00
Louis	Hl. Kreuz Unt.	5.50
Louis	St. Moysius Unt.	5.00
Louis	St. Viktorius Zweig 306, C. A. of A.	5.00
Louis	Sekt. III. St. Andreas Arbeiterwohl	5.00
pton	St. Andreas Unt.	5.00
		\$96.60

—0—

General - Versammlung des Staatsverbandes von Texas.

Zu Moulton, Tex., fand am 23., 24. und 25. Juli 1912 die 14. General - Versammlung des deutschen katholischen Staatsverbandes von Texas statt. Trotz der

Thatsache, daß sich verschiedene sehr unangenehme Schwierigkeiten noch kaum einige Wochen vor der für die Abhaltung der Versammlung festgesetzten Zeit einstellten, darf die diesjährige Zusammenkunft als eine der erfolgreichsten in der Geschichte des Verbandes bezeichnet werden.

Am Nachmittag des 23. Juli eröffnete der Staatspräsident Courand die Versammlung, zu der etwa 150 Delegaten erschienen waren. An dieser Eröffnungsfeier nahm auch der hochw. Bischof Shaw D. D. von San Antonio theil. In einer kurzen und äußerst herzlichen Rede sollte derselbe den deutschen Katholiken des Staates Texas ein schmeichelhaftes Lob und sagte dabei, er sei überzeugt, daß er sich in der Ausübung seines heiligen und schweren Amtes in allen seinen Unternehmungen religiösen und sozialen Charakters voll und ganz auf die freudige und opferwillige Unterstützung der deutschen Katholiken des Staates verlassen könne. Der Jahresbericht des ausgezeichneten Sekretärs, Herrn Schwegmann, ließ einen erfreulichen Zustand und schöne, vollberechtigte Hoffnungen für ein günstiges Wachstum des Staatsverbandes in der Zukunft erkennen.

Am Abend dieses selben Tages war die erste öffentliche Delegaten-Versammlung. Der hochw. Vater Barnabas Geld D. S. W. stand als Hauptredner auf dem Programm; derselbe war aber leider am Erscheinen verhindert. Für ihn sprang der hochw. A. Mayer von St. Louis in die Bresche, der als Vertreter des Central-Vereins und der Central-Stelle der Versammlung bewohnte. In einer einstündigen Rede hielt derselbe dem aufmerksamen und mit höchstem Interesse lauschenden Publikum einen Vortrag über folgende Punkte: 1. Die Nothwendigkeit und Verpflichtung der Katholiken zur Organisation gegen die Feinde der Religion und des sozialen Friedens. Die deutschen Katholiken unseres Landes aber haben die Pflicht, in diesem Kampfe die Führung zu übernehmen. 2. Im Central-Verein, in dem sich die Staatsverbände, die Distriktsverbände und die einzelnen Vereine zu einer großen Armee zusammenschließen, wird die Schulung und Belehrung dieser Armee bis zum einzelnen Mann hinunter systematisch durchgeführt. 3. Die Central-Stelle des Central-Vereins ist gleichsam das Herz der ganzen christlich-sozialpolitischen Thätigkeit desselben. Die Central-Stelle hat in den wenigen Jahren ihres Bestehens ungeahnte Erfolge aufzuweisen und zwar trotz der beschränkten Mittel, die ihr zur Verfügung standen. „Freudige, opferwillige Unterstützung der Central-Stelle“ muß unbedingt die begeisterte Lösung der deutschen Katholiken dieses Landes sein.

Dem feierlichen, kirchlichen Gottesdienste am nächsten Morgen wohnte der hochw. Bischof Shaw wieder bei und darauf gingen die verschiedenen Komiteen an ihre Arbeit. Der Nachmittag des zweiten Tages war der sogenannte öffentliche „Katholikentag“. Etwa 400 Personen, Delegaten, Männer und Frauen hatten sich zu dieser Rundgebung eingefunden. Professor M. J. Schumacher hielt einen höchst gediegenen Vortrag über das wichtige Thema: „Die Nothwendigkeit der christlichen Erziehung unserer Jugend“. Ihm folgte Sekretär Schwegmann mit einem ausgezeichneten Vortrage über das Thema: „Der hl. Bonifatius und unsere jährliche Bonifatius-Feier.“ Auf Ersuchen des Herrn Präsidenten Courand richtete der Vertreter der

Central-Stelle ebenfalls noch einige Worte an die begeisterte Zuhörerschaft, wobei derselbe besonders den Herren Delegaten ans Herz legte, sie sollten ja nicht meinen, daß sie jetzt wieder auf ein Jahr Ruhe hätten, nachdem die Versammlung zu Ende gekommen. Sie seien zu dieser Versammlung gekommen, um sich hier Verständnis, Belehrung und Schulung in den großen Fragen der Zeit zu holen. Verständnis und Begeisterung müßten sie mit nach Haus nehmen und in ihren Gemeinden und Vereinen die erhaltene Belehrung und Schulung durch praktische Thätigkeit anderen mittheilen. Ihre Arbeit fange jetzt erst an. Die sämtlichen Reden dieses Nachmittags hatten sichtlich Eindruck gemacht. Etwa 15 bis 20 Priester hatten sich zur Konvention eingefunden und nahmen aktiven und enthusiastischen Antheil an allen Beratungen. Der Morgen des dritten Tages wurde der Abwicklung der übrigen geschäftlichen Angelegenheiten, der Verlesung der verfaßten Resolutionen und der Wahl der Beamten gewidmet.

— 0 —

Das Reiseprogramm

für die dritte, in diesem Monat beginnende, Redetour Hrn. David Goldsteins, des bekannten Redners über den Sozialismus, ist zur Zeit folgendes:

Boston, Mass., 8. Sept.; Lewiston, Me., 12. Sept.; Danbury, Conn., 15. Sept.; New York, N. Y., 16. Sept.; Albany, N. Y., 17. Sept.; Utica, N. Y., 18. Sept.; Binghamton, N. Y., 20. Sept.; Scranton, Pa., 22. Sept.; Carbondale, Pa., 23. Sept.; Lockport, N. Y., 24. Sept.; Buffalo, N. Y., 25. Sept.; Dunkirk, N. Y., 26. Sept.; Titusville, Pa., 27. Sept.; Oil City, Pa., 29. Sept.; Fort Wayne, Ind., 2. Okt.; Westphalia, Mich., 4. Okt.; Chicago, Ill., 6., 8., 10., 13. Okt.; Freeport, Ill., 14. Okt.; Davenport, Ia., 16. Okt.; Aurora, Ill., 18. Okt.; Milwaukee, Wis., 20. Okt.; Green Bay, Wis., 23. Okt.; Calumet, Mich., 27. Okt.; Eau Claire, Wis., 30. Okt.; Wabasha, Minn., 31. Okt.; St. Paul, Minn.; St. Cloud, Minn., 3. Nov.; Beach, N. D., 7. Nov.; Boise, Idaho, 12. Nov.; Seattle, Wash., 17., 18., 19. Nov.; San Francisco, Cal., 28. Nov.; Fruitvale, Cal., 29. Nov.; San Jose, Cal., 1. Dez.; San Antonio, Tex., 6. Dez.; Kansas City, Mo.; Stonington, Ill., 10. Dez.; Jasper, Ind., 12. Dez.; Lawrenceburg, Ind., 13. Dez.; Wheeling, W. Va., 14. Dez.; Baltimore, Md., 15. Dezember.

Dem Plane nach wird Hr. Goldstein etwa einen Monat, vom 7. Nov. bis 6. Dez., im fernen Westen und Süden des Landes weilen. Weitere Gesuche um Vorträge, die während der Tour bei der C.-St. einlaufen, werden bereitwillige Berücksichtigung finden.

— 0 —

Die beiden diesjährigen Studienkurse.

Die Bemühungen, denen sich die Vortragenden und Theilnehmer an den vom 5. bis 9. August abgehaltenen sozialen Studien-Kursen, die Komiteen, die für rege Betheiligung agitierten, und die Central-Stelle selbst sich unterzogen, um die Kurse zu einem Erfolge zu gestalten, sind hinlänglich belohnt worden. Beide Kurse haben bewiesen, daß stets weitere Kreise beginnen, sich für die soziale Frage und die Mittel zu ihrer Lösung zu interessieren, und haben viel dazu beigetragen, das richtige Erfassen und Verstehen dieser so wichtigen Fragen herbeizuführen.

Der Spring Bank - Kursus.

In Spring Bank fanden sich 32 Theilnehmer ein, neben denen sich aus den Reihen der Gäste eine fast gleiche Anzahl von Zuhörern, darunter viele Damen, von denen manche dem Lehrersstande angehörten, bei

den Vorträgen einfand und mit großer Aufmerksamkeit den gediegenen Ausführungen der Vortragenden lauschte. Unter den Zuhörern befanden sich auch Herr O'Connor, früherer Generalanwalt des Staates Wisconsin, Herr Pietrowski, gegenw. Stadtmann von Chicago, Rev. J. M. Kafel, St. Francis, Wis. und Rev. P. Diez, Milwaukee, Wis.

Der hochw. Erzbischof Mesmer kam eigens von Milwaukee, um den Theilnehmern des Kurses sein Interesse daran zu bezeugen, und richtete an sie eine Ansprache über die Nothwendigkeit des Studiums soziale Fragen. Als weiterer Gast des Kurses erschien Herr Fr. Sußlein, S. J., von New York und gab den Theilnehmern in einem Vortrage werthvolle Anregungen zur sozialen Bethätigung.

Das Programm für den Kursus war organisch aufgebaut. Die Vorträge reihten sich in logischer Folge aneinander, und wurden von den Theilnehmern mit wahrer Lernbegier entgegengenommen. Während Rev. W. Engelen, S. J., von Toledo in klarer und spannender Weise die Prinzipien darlegte, die einer durchdringenden Sozialreform zu Grunde liegen müssen, unbewies, daß nur auf dem Boden einer gesunden christlichen Weltanschauung eine Lösung der sozialen Frage herbeizuführen ist, bot Rev. Siedenburger, S. J. von Chicago, Ill., fünf gebiegene Vorträge über „Social Factors of Industrial Peace.“

- 1) Introduction.
- 2) Voluntary Arbitration.
- 3) Compulsory Arbitration.
- 4) Trade Agreements.
- 5) Industrial Betterment.

An diese Vorträge reihte sich noch ein Lichtbildvortrag über das Thema „Child Labor“, der in 10 Illustrationen die Uebel der Kinderarbeit vorführte. Der Vortrag wurde hier zum ersten Male gegeben und ist durch die eigenen Bemühungen der Central-Stelle fertiggestellt worden. Die in Spring Bank weilenden Gäste wohnten diesem Vortrag bei.

Die New York America spricht sich in einem eigenen Artikel über den Spring Bank Kursus aus wie folgt:

“A spirit of enthusiastic devotion to the great Catholic interests involved in the social questions of our time, and of earnest resolution to aid toward the solution of social problems according to each one's means and power, was manifested on every hand throughout the gathering of priests and laymen who had assembled here at the call of the Central Verein. The eagerness with which questions were asked and points under dispute debated, at the conclusion of each lecture, showed the intense appreciation entertained of the seriousness of the great subjects presented for discussion.

“Catholics, we may confidently hope, will in subsequent years avail themselves in ever greater numbers of the advantages. That pastors may here more thoroughly acquaint themselves with those problems which it is their obligation to understand, and that Catholic laymen may seize the exceptional opportunity offered to prepare themselves for a truly Catholic leadership in their own associations, is the object of these courses, held in the West at East under the auspices of the Central Verein, and open to all who wish to attend. Mutual help and friendly discussions are here the order of the day. Each, whether priest or working man, or whatever his calling may be, attends in a twofold capacity, not only as a learner, but likewise as a teacher, to communicate his own experience to others. This purpose has in the past been fully realized. The lecture delivered during the recent session by Father Frederick Siedenburger, S. J., and William J. Engelen, S. J., aroused the greatest interest and were enthusiastically received by all.”

Einen weiteren Beweis des regen Interesses erbrachte die Teilnehmer des Kurses dadurch, daß sie eine Organisation ins Leben riefen, die die Vorarbeiten für weitere Kurse in die Hand nimmt und eine unausgeglichene Propaganda zu Gunsten der Kurse betreiben wird. Zum Präsidenten dieser Organisation wurde Herr Hy. H. H. H., Präsident des Staatsverbandes Indiana, und zum Sekretär derselben Rev. J. Diekmann von St. Louis, Mo., gewählt.

Der Fordham Kursus.

Zu gleicher Zeit mit dem westlichen Kursus fand auch im Osten ein Studienkursus in der Fordham Universität zu New York statt. Dieser Kursus war nach den Berichten des Kathol. Deutschamerikaners und der Nordamerika ebenso erfolgreich. Es hatten sich 66 Teilnehmer aus allen Ständen und Berufsständen eingefunden, um aus den Vorträgen der gewiegten Redner ein tieferes Verständnis für die soziale Frage und neue Anregungen für soziale Betätigung zu erhalten. Diese sollte den Teilnehmern reichlich zu Theil werden, wenn man die Bortrefflichkeit der in das Programm eingereihten Vorträge sich vor Augen führt, in die sich angeregte Diskussionen schlossen. Das Programm war einheitlich zusammengestellt und umfaßte 5 Vorträge von Dr. Ryan, St. Paul, über folgende Themata:

- 1) The Industrial Revolution at the End of the Nineteenth Century, and the Rise of the Modern Wage Earning Class.
- 2) The Labor Movement in the United States.
- 3) What makes Low Wages and High Wages?
- 4) What Wages are Just Wages?
- 5) Is there a Solution of the Labor Question and the Wages Question.

Daran schlossen sich 5 Vorträge von Rev. G. J. Maciel, S. J. von Buffalo über

- 1) The Social Question and the Natural Law.
- 2) The Social Question and the Divine Law.
- 3) The Social Question and the State.
- 4) The Social Question and the Church.
- 5) The Social Question and Private Organizations (Working men's Organizations, etc.)

Fernerhin hielt Herr David Goldstein einen Vortrag über „Determinismus“, in dem er die ökonomische Grundlehre des Sozialismus beleuchtete. Der Kursus wurde mit einem von der C.-St. des C.-B. gestellten Lichtbildervortrag über „Berufskrankheiten“ abgeschlossen. Diesen hielt Herr Dr. Frey, ein Sohn des Präsidenten des Central-Vereins.

Daß die Kurse nicht nur die Beachtung der katholischen sondern auch der allgemeinen und sozialistischen Presse gefunden haben, spricht bündig für ihren Erfolg. Ueber den Fordham Kursus lesen wir in der Nordamerika (Philadelphia): „Darin liegt wohl der Haupterfolg des Kurses (wozu natürlich der letztjährige erste Kursus auch schon einen guten Theil beigetragen hat), daß die soziale Aufklärungsthätigkeit der Central-Stelle und der deutschen Katholiken schon in weitere Kreise gedrungen ist und anfängt, viel mehr gewürdigt zu werden. Nicht nur, daß die Teilnehmer selbst für eine größere Propaganda sorgen werden. (Das gilt besonders von Studenten und Vertretern religiöser Genossenschaften.) Auch die großen Zeitungen von New York widmeten dem Kurse von Anfang an große Aufmerksamkeit. So hatten die „Sun“, die „Tribune“, „Times“ und der sozialistische „Call“ spaltenlange Berichte mit

paßenden großen Ueberschriften; z. B. der „Call“ vom 6. August, 1. Seite: „Churchmen meet to war on Socialists“, „Catholic Leaders open week's Conference at Fordham University“; die „Times“ vom 7. August auf editorielle Seite: „Jesuit invites rich men — would have Rockefeller and Carnegie join an Order“. Vater Maciel hatte nämlich bei Besprechung des Besprechungs nebenbei zur Erklärung gesagt: Die religiösen Orden laden die Besitzenden ein, freiwillig auf ihren Besitz zu verzichten, während die Sozialisten ihnen einfach den Besitz gewaltsam nehmen wollen.

„Diese und andere Phasen, die in diesem Artikel nicht alle angeführt werden können, sind ein Beleg dafür, daß die Kurse des Central-Vereins die sozialen Bestrebungen der deutschen Katholiken in die weitesten Kreise tragen und Elemente zum Studium und eventuell zur Mitarbeit anregen, an die man noch vor kurzer Zeit nicht gedacht hätte.“

—0—

„Woher schöpfe ich Vortrags-Material?“

Die Herbst- und Wintermonate, der Beginn der emsigsten Vereinsthätigkeit, rücken heran. Da sieht sich wohl mancher wohlmeinende Vereinspräsident, Vereinsmann oder auch Geistliche vor die Frage gestellt, wo schöpfe ich das Material her für die Ansprache, die mir für die nächste Vereins-Versammlung zuertheilt wurde. Auch hier kann die C.-St. Abhilfe leisten. Der Vorsitz der Koeltzower Studiengruppe, Prof. D. M. Sanken, nahm z. B. für die Juli-Sitzung des Zirkels den im Juli-Fest des C.-B. & S. J. erschienenen Artikel von Maurice Francis Egan (Minister in Dänemark) über „Cooperation of Danish Farmers“ und wandte denselben in seiner Ansprache im Einzelnen eingehend auf hiesige ländliche Verhältnisse an. Die durch genossenschaftliche Hilfe von den Farmern Dänemarks erzielten Vortheile würden auch hier nicht ausbleiben, wollte man sich allgemein mit dem Studium der Frage befassen. Dieses Beispiel, wie die C.-St. Material liefert, ist um so ekklatanter, da sie schon vor etwa einem Jahre ein Flugblatt über das Thema herausgab und im C.-B. & S. J. mehrmals darauf zurückkam und Diskussionen anregte. Das ist es eben, was Dr. Ryan, dem bekannten Soziologen, so treffend im C.-B. & S. J. und der C.-St. erschien: das häufige Zurückkommen auf dasselbe Thema, die vielseitige Beleuchtung desselben Gegenstandes, die Einheit des Ganzen, die vor Verwirrung bewahrt. Derselbe Grundsatz sollte in der Auswahl der Themata maßgebend sein. Die Artikel im C.-B. & S. J. dürften somit durch Ansprachen und Diskussionen Anlaß zu gedankenreichen Auseinandersetzungen in den Versammlungen bieten. Damit würde man auch dem öfteren gehörten Einwande entgegenarbeiten, „Die Artikel im C.-B. & S. J. sind zu hoch.“ In etwa liegt die Begründung dieses Geständnisses in der Eigenart der behandelten Themata, andererseits ließ man die Fragen allzulange achtlos bei Seite liegen.

Ferner hat die C.-St. eine Reihe von Flugblättern, Penny-Blättern und Broschüren in deutscher und englischer Sprache herausgegeben, die Stoff für praktische Vorträge enthalten. Planmäßig dürften z. B. die Gratis-Flugblätter besprochen werden, einen Monat das 1. Flugblatt, den nächsten Monat das 2. und so weiterfahrend, bis sämtliche neun behandelt worden sind. Den vom Präsidenten ernannten Rednern fiele

die Aufgabe zu, die Flugblätter zu studieren, Handglossen zu denselben auszuarbeiten, die Anwendung auf lokale Verhältnisse zu machen. Welch eine äußerst wichtige Aufgabe! Den Mitgliedern würde der Vertrauensmann die Flugblätter überreichen und ihre Anregungen, durch die zwei Sinne, Gehör und Gesicht, aufgenommen, sollten doppelt fruchtbringend wirken. Ein gleiches Verwerthen der Penny-Blätter und Broschüren wäre dann ferner zu empfehlen. Verschiedene Vereine in Nebraska und Missouri haben ferner die von der C.-St. herausgegebene Broschüre: „Es muß anerkannt werden“ von P. Ahlert, C. S. R., die als Dialog verfaßt ist, von zwei Mitgliedern als Zwiegespräch in ihren Versammlungen vorlesen lassen. So kann im Central-Blatt & Social Justice, in den Schriften der C.-St. äußerst reichhaltiges und abwechselndes Vortrags-Material, Material für das ganze Vereinsjahr, gefunden werden. Man mache es sich zu eigen, verwehre es durch Studium, Vorträge, Diskussionen. Planmäßig stelle man im September das Jahresprogramm auf.

0

Schreiben Sr. Eminenz Kardinal Farley.

Wie bereits im Vorjahre wendete auch diesmal Se. Eminenz Cardinal Farley von New York dem sozialen Studienkursus zu Fordham, N. Y., sein besonderes Interesse zu und legte seine Ansichten über die Nothwendigkeit des sozialen Studiums in einem an den Präsidenten des Central-Vereins gerichteten Briefe dar, den wir hier vollständig wiedergeben:

New York, July 23rd, 1912.

Mr. Joseph Frey, Pres.

Catholic Central Verein.

My dear Mr. Frey:—

I have learned with great pleasure that the Central Bureau of the Central Verein, of which you are President, has arranged for a study course on live social topics, to be held at Fordham University, New York City, August 5th to August 9th.

I am pleased to see that you have secured as lecturers some of the most skilled and best informed of our clergy to speak on whatever pertains to the rise and development of the great social subjects now being discussed throughout the country. The headings of the five lectures to be given by Rev. Father Maeckel, S. J., as well as the titles of the five conferences to be delivered by Rev. Doctor Ryan, are most happily chosen.

I most earnestly hope that these lectures will be well attended by men who will feel it a duty of conscience to educate themselves on the question of socialism under such favorable auspices. It goes without saying that never was there a time in the history of the Church in this country when that Church had greater need of the active influence of the most intelligent amongst our laity than the present. We need them to combat errors of doctrine and morals so patently flagrant that one would think they carried with them their own antidote; but the enemy is very subtle and can place his points very plausibly so as to deceive the unwary amongst our working classes. We must therefore put into the field men of ability to warn our people against the fallacies of the working man's so-called friends. We must show our people that their true friend now, as ever, is the Church of Jesus Christ.

May God bless the work you are now engaged in and strengthen the hearts of the workers.

Meantime, believe me to be,

Very faithfully yours in Christ,

(signed)

✠ JOHN CARD. FARLEY,

Archbishop.

0

Stimmen über das Central-Blatt & Social Justice

„Das ausgezeichnete Central-Blatt & Social Justice sollte eine Million Leser haben, dann würde die rothe Internationale uns wenig scheren.“

Rev., D. P., Oregon.

0

„Ich habe 5 kath. Zeitungen, aber für das Central-Blatt & Social Justice bezahle ich am liebsten.“

Aus Kansas City, Mo.

0

„Empfangen Sie Ged für das Central-Blatt & Social Justice und unsere Anerkennung für die tüchtige Führung desselben.“

Rev., New Jersey.

0

„Wünschte, daß ich im Stande wäre, Ihnen zur Ausbreitung der verschiedenen Schriften, besonders des Central-Blatt & Social Justice, Hunderte von Thalern schiden zu können. Wenn doch wohlhabende Katholiken im ganzen Lande sich für Ihr Werk interessieren würden! Aber die Erfahrung lehrt, daß viele von den reicheren Glaubensgenossen es vorziehen, im Nachtrab ihre Stellung einzunehmen. Central-Verein und Central-Stelle thun viel Gutes. Möge Gott Ihre Arbeit reichlich segnen und denselben viele Gönner zuschicken.“

Rev., Wisconsin.

0

„Das Central-Blatt ist gewiß werth, gelesen oder vielmehr studiert zu werden.“

Ein hochw. Geistlicher, in New York.

0

„Es ist ein sehr lehrreiches Blatt und verdient von allen gelesen zu werden, aber es wird hier auch wohl so gehen, — die es hauptsächlich lesen sollten, thun es nicht.“

Ein Farmer in Illinois.

0

„I am convinced that the Central-Blatt & Social Justice deserves a wider circulation.“

Rev., D. M. Cap., Pennsylvania.

0

„It is certainly a very instructive magazine and my regret is that I cannot find more people to subscribe; however I will keep on expounding the principle for which it stands, and hope to be able to send more encouraging reports in the future.“

Aus New York.

0

„With pleasure I inclose herewith check for renewal of my subscription to that splendid pioneer in American Catholic sociological periodical literature, the Central-Blatt & Social Justice. Vivat, floreat, crescat!“

Rechtsanwalt, Wisconsin.

0

„Enclosed find two Dollars for my subscription for two years. Your work is indeed the grandest piece of work ever undertaken by American Catholics and I shall do everything in my power to further this good cause.“

Ein Kaufmann in Ohio.

0

„It contains solid reading matter and I should have more subscribers to it in my parish but for the fact that the German reading public is dwindling down to ½ dozen.“

Ein hochw. Geistlicher in Kansas.

0

Theilnehmer an den Studien-Kursen.

Spring Bank, Wis.

Rev. Geo. Eisenbacher, Chicago, Ill.; Rev. G. J. Ruper, St. Louis, Mo.; Rev. F. G. Brand, St. Louis, Mo.; Rev. J. P. Hoffman, Effingham, Ill.; Rev. John Baelttermann, Glasgow, Ill.; Rev. Titus Suggar, D. F. W., Chicago, Ill.; Rev. Francis Haase, D. F. W., Chicago, Ill.; Rev. F. Sippel, Milwaukee, Wis.; Rev. F. F. Kroha, Milwaukee, Wis.; Rev. Rev. Arthur Lamothe, Little Falls, Minn.; Rev. Robt. Schlinkert, New Ulm, Minn.; Rev. P. Martert, S. B. D., Tschy, Ill.; Rev. Laur. Willing, D. S. B., Conception, Mo.; Rev. Ulrich Hauser, Seminarprofessor, Davenport, Ia.; Rev. John Rafter, New London, Wis.; Rev. Geo. Scheffold, D. S. B., St. Paul, Minn.; Rev. Steph. Klopfer, St. Francis, Wis.; Rev. Ph. Klein, St. Francis, Wis.;